Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

Herausgeber: Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

Band: 174 (1996)

Artikel: Basel und die Bibel : die Bibel als Quelle ökumenischer, missionarischer, sozialer und pädagogischer Impulse in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Autor: Hauzenberger, Hans

Kapitel: 5.: Soziale und pädagogische Impulse

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006795

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

5. Soziale und pädagogische Impulse

5.1 Grundlegende technische und gesellschaftliche Umwälzungen

5.1.1 Die Industrielle Revolution und die Entstehung des Vierten Standes, des Proletariats

Im 18. Jahrhundert setzte eine Entwicklung ein, welche nach und nach die abendländische Gesellschaft zutiefst bewegte und umgestaltete. Nachdem sich die Produktionsformen während Jahrhunderten nur unwesentlich verändert hatten, erfolgten aufgrund der technischen Entwicklung im 18. und 19. Jahrhundert immer rascher fortschreitende Veränderungen. Die Nutzung der Dampfkraft und die Erfindung der Maschine beschleunigten den Produktionsprozess und die Mobilität in ungeahntem Mass. Dies führte aber auch zu einem wachsenden Streben nach Rentabilität und zu Rationalisierungen.

Dadurch wurde nach und nach auch die während Jahrhunderten mehr oder weniger gleichgebliebene ständische Gesellschaftsordnung von Grund auf verändert. Zu den klassischen Ständen (Nährstand, Lehrstand, Wehrstand) kam eine neue Gesellschaftsschicht, der Stand der Industriearbeiter, der Vierte Stand, hinzu. Es handelte sich dabei um eine tiefgreifende Revolution, auch wenn sich dieser Prozess über Jahrzehnte hinwegzog.

Die ersten Probleme entstanden in England, dem in Europa am weitesten entwickelten Industrieland. Durch die Umgestaltung der Landwirtschaft infolge der Konzentration in grossen Farmen und durch die Einzäunungen öffentlichen Weidelandes hatten viele Kleinbauern ihre eigenständige Existenz verloren. Bergbau und Schwerindustrie boten eine Menge neuer Arbeitsplätze. Dadurch strömten viele verarmte Leute diesen Gegenden zu, welche Arbeit und Einkommen versprachen, wo aber ungeahnte neue Probleme entstanden. Für diesen Zustrom an Leuten war nicht genügend Wohnraum vorhanden. Es kam zur Bildung der ersten Slums. Die Lohnarbeiter verloren nach ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit auch viele soziale Beziehungen in Familie, Nachbarschaft, Dorfgemeinschaft und Kirchgemeinde. Die wachsenden Arbeitszeiten und demzufolge die Abnahme von Betätigungsmöglichkeiten in einer kaum noch existierenden Freizeit liessen die Pflege persönlicher Beziehungen kaum noch zu. Wirtschaftlich waren die Arbeiter in zunehmendem Masse abhängig von den Unternehmern. Mehr und mehr traten an die Stelle der bisherigen direkten Begegnung zwischen Patron und Angestellten indirekte Beziehungen von Aktionären über Werkmeister zu den Arbeitern. Immer rationeller sollte produziert werden. Die Arbeitskraft des Arbeiters galt als zu verkaufende Ware. Dadurch entstand eine neue Form von Abhängigkeit. Die Arbeiter fühlten sich von der Gesellschaft ausgestossen.

Die Arbeiterschaft musste als neuer Stand in den folgenden Jahrzehnten ein neues eigenes Standesbewusstsein entwickeln. Von bürgerlicher Seite wurden diese Probleme zunächst kaum wahrgenommen. Armut und Elend, welche durch diese neue Situation entstanden, wurden weithin vor allem als Resultat von Sünde und Unmoral der Einzelnen verstanden. Neben der Almosenpflege sah man daher die Verbreitung von Bibeln und christlichen Schriften als geeignetes Mittel, um eine persönliche Veränderung, gelebten christlichen Glauben und daraus resultierend neues Leben auch in materieller Hinsicht zu erzielen.

5.1.2 Der Pauperismus

Armut und Hunger waren zwar schon im Altertum und im Mittelalter ständige Begleiter der Menschheit. Man war auf gute Ernten angewiesen, da es noch kaum Möglichkeiten gab, Nahrungsmittel dauerhaft zu konservieren. Eine schlechte Ernte, ein Krieg, Pflanzenkrankheiten konnten grosse Hungersnöte mit vielen Hungertoten bewirken. Nun aber war ein bestimmter Stand, die Arbeiter, von ständiger Hungersnot bedroht. Sie erhielten gerade so viel Einkommen, dass sie ihr Leben einigermassen fristen konnten. Die herrschenden liberalen Wirtschaftsanschauungen und der scharfe Kampf der Unternehmer gegen jeden staatlichen Eingriff führten zu immer härteren Massnahmen gegen die Arbeiter. Man war sogar der Meinung, wenn man dem Arbeiter nur ein Minimum an Lohn zukommen lasse, werde am wirkungsvollsten eine unkontrollierte Vermehrung des Proletariats vermieden. Jede Störung, jede Krankheit oder Arbeitslosigkeit wurden zu einer grundsätzlichen Bedrohung der Existenz der Arbeiter und ihrer Familien.

Als besonders verderblich erwies sich das Trucksystem, bei dem die Arbeiter teilweise oder ganz nicht mehr durch Geld bezahlt wurden, sondern durch in der Fabrik hergestellte Ware, die sie zu einem vom Fabrikanten festgesetzten Preis abnehmen mussten. Häufig handelte es sich dabei sogar um Ware, welche wegen Mängeln nicht verkauft werden konnte. Oft gewährten die Fabrikanten jungen Arbeiterinnen und Arbeitern Vorschüsse auf späteren Zahltag, damit sie einen eigenen Hausstand gründen konnten. Da sie diese Vorschüsse nicht zurückbezahlen konnten, wurden sie an den Fabrikanten und die Fabrik gebunden.

Durch Aufhebung von bisher bestehenden Ehehindernissen und durch Fortschritte in der medizinischen Versorgung wuchs die Bevölkerung teilweise stark an. Dadurch wurde das Angebot an Arbeitskräften immer grösser, wodurch die Fabrikanten die Löhne noch mehr senken konnten. Mitarbeit der Ehefrau und der Kinder in der Fabrik wurde meist zu einer Existenzfrage. Dadurch wurde ein verhängnisvoller Teufelskreis in Gang gesetzt, dem man kaum entrinnen konnte. Die Mitarbeit der Familienangehörigen war zwar schon früher in bäuerlichen oder handwerklichen Betrieben selbstverständlich gewesen. Jetzt aber wurden Frauen und Kinder in einer sklavenähnlichen Weise aus-

genützt. Schon sechsjährige Kinder mussten teilweise 12 Stunden am Tag im Bergwerk arbeiten. So entwickelte sich die Arbeiterfrage immer mehr zu einem Politikum und wurde schliesslich zur umfassenden Sozialen Frage.

5.1.3 Die Kirchen vor der Sozialen Frage

Auch die Kirchen wurden von diesen neuen Problemen überrollt. Die bisherigen Ordnungen genügten nicht mehr, um der neuen Situation Herr zu werden. So nahm man zum Beispiel in England die Problematik der in Slums wohnenden Arbeiter in ihrer zunehmenden Verelendung kaum wahr, da die neuen Ballungszentren durch das eingespielte Parochialsystem der Staatskirche nicht erfasst werden konnten. Die schon bestehenden Freikirchen aber konnten kaum in solchen Zentren Gemeinden aufbauen, da ihnen dazu die finanziellen Möglichkeiten fehlten. In diese Notlage hinein entstand die methodistische Erweckungsbewegung um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Der geistliche Neuaufbruch und das neugefundene biblische Verständnis von Heiligung als Ausdruck eines ganzheitlich gelebten praktischen Christentums waren gekoppelt mit wachsender sozialer Verantwortung[668].

Die Überlegungen und Erfahrungen allgemeiner und kirchlicher Sozialpolitik und -praxis in Grossbritannien wurden auf dem europäischen Kontinent zum Teil aufmerksam studiert. Es kam auch zu persönlichen Beziehungen kirchlicher Sozialreformer mit Vertretern eines religiösen Sozialismus[669] und den Reformern um die Evangelikalen wie William Wilberforce und Charles Simeon oder dem Schotten Thomas Chalmers.

Auch die Schweiz konnte sich den neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht verschliessen. Die Ausgangslage unterschied sich allerdings von der Lage in Grossbritannien. Man hatte keine nennenswerten Bodenschätze und demzufolge auch keine Schwerindustrie in dem Masse wie die industrialisierten Länder Grossbritannien, Belgien, Frankreich oder Deutschland. Industrie war zunächst vor allem Kleinindustrie, häufig in Heimbetrieben, vorwiegend im Textilbereich. Da diese Industrien zum Teil durch die Einwanderung von Glaubensflüchtlingen aus Frankreich gefördert wurden, waren es vor allem die protestantischen Kantone, darunter in besonderer Weise Basel, welche davon profitierten. Basel war zudem ein wichtiger Handelsplatz und ein bedeutendes Wirtschaftszentrum mit weltweiten Verbindungen am Eingangstor der Schweiz.

Das Gebiet der heutigen Schweiz war im ausgehenden 18. Jahrhundert noch weitgehend Entwicklungsland, in dem die Bevölkerung sich nicht selbst ernähren konnte. Erst als im Gefolge der Auswirkungen der Revolution die Zehntenabgaben abgeschafft wurden, wurde es für die Bauern möglich, nach neueren Erkenntnissen rentabel zu produzieren, wodurch sich auch eine Verbesserung der Ernährungslage ergab[670].

Auf umfangreiche Einfuhren selbst von Grundnahrungsmitteln konnte aber nicht verzichtet werden. Noch um 1800 war die Kindersterblichkeit hoch, einerseits wegen unvollständiger medizinischer Versorgung und mangelnder Hygiene, andererseits

aber auch im Zusammenhang mit periodisch wiederkehrenden Hungersnöten und Teuerungen. Die Lebenserwartung lag in der ganzen Schweiz um 1800 unter 30 Jahren[671].

Die weitgehende Überwindung der Pestgefahr und die langsam steigende Lebenserwartung im Laufe des 19. Jahrhunderts ergaben zunächst Probleme in der Versorgung mit genügend Lebensmitteln. «Die Preise schwankten so sehr, dass eine verantwortungsbewusste Obrigkeit aus ihrem Zehntgetreide grosse Reserven horten musste, welche in den Jahren der Knappheit mit starker Verbilligung abgesetzt wurden.»[672]

Während der napoleonischen Zeit waren viele Schweizer in fremden Kriegsdiensten gefallen und dadurch auch viele Kinder ihrer Väter beraubt worden. Dazu litt die schweizerische Wirtschaft sehr unter den Folgen der Kontinentalsperre. Erst nach der Entmachtung Napoleons und dem relativen Frieden in Europa konnte wieder ein grösserer wirtschaftlicher Aufschwung einsetzen. Dennoch war die wirtschaftliche Lage vor allem der unteren Einkommensschichten, der Bauern und Fabrikarbeiter, alles andere als gut. Jahre mit witterungsbedingten Missernten konnten schlimme Folgen haben. Auch in der Schweiz entwickelte sich, bedingt durch den immer stärker werdenden Kapitalismus, der Pauperismus, der weite Teile der Bevölkerung bedrohte und dadurch den Staat trotz der herrschenden Ideologie, der Staat dürfe die Freiheit des Individuums nicht beeinträchtigen, zu gewissen minimalen sozialen Hilfsmassnahmen zwang.

Nach der schlimmen Hungerperiode von 1816/17 waren besonders in den 40er Jahren wieder durch Missernten Versorgungsprobleme entstanden. Die Teuerung betrug 100% in einem Jahr. Das staatliche Armen-Kollegium in Basel hatte mit der Speisung von in Not Geratenen in den Suppenanstalten alle Hände voll zu tun. Im Januar 1847 waren es mehr als 50 000 Portionen Suppe, die ausgeteilt worden waren, davon mehr als 40 000 Portionen an «hiesige Arme, an Kinder der Armenschulen und gegen baares Geld»[673]. Dabei war der Andrang so stark, dass Polizeikräfte die Ordnung herstellen mussten. Daneben war es der «Fruchtverein», welcher grosse Anstrengungen unternahm, um die Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Mais und Bohnen sicher zu stellen[674].

Die Auswirkungen der Aufklärung und der Französischen Revolution führten unter anderem dazu, dass die individuellen Rechte und Freiheiten eine zunehmende Rolle spielten. Führende liberale Politiker sahen ihre Aufgabe darin, die Bevormundung des Bürgers durch den Staat abzubauen und das Volk zu verantwortungsbewusstem Umgang mit seinen Freiheiten zu erziehen[675]. Die Liberalen sahen in jeder Form von staatlicher Sozialgesetzgebung unerlaubte Eingriffe in die Gewerbefreiheit, wogegen sie sich wehrten. Daraus ergab sich zwar keine grundsätzliche Gegnerschaft gegen soziale Hilfe an Bedürftige, hingegen sollten ihrer Meinung nach diese Unternehmungen keine staatliche Komponente enthalten, sondern auf bloss freiwilliger Basis geschehen.

Die Basler Handelsherren waren in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts meist von einem christlichen Geist geprägt, der sich im privaten Verhalten und in einem sozialen Gewissen äusserte. «Noch zu Ende des Jahrhunderts gab es Chefs, die den Arbeitstag durch Bibellektüre mit ihren Angestellten eröffneten!»[676] Bei aller Einschränkung im

Blick auf die damaligen sozialen Unternehmungen der verantwortlichen Politiker, muss doch hervorgehoben werden, dass sie im allgemeinen opferfreudig waren. Zwar habe diese Opferwilligkeit natürlich nicht zur wirklichen Heilung der sozialen Schäden ausgereicht, Basel stehe «in diesem Umfange aber in den Ländern deutscher Zunge ohne Gleichen»[677] da, nicht zuletzt durch die «Verbindung mit religiösen Motiven».

So verstanden sich bis zum Sturz des Ratsherrenregimes 1875 viele Basler Unternehmer aus ihrer christlichen Grundhaltung heraus als vor Gott für das Wohl ihrer Arbeiter verantwortlich. Sie betonten die Notwendigkeit persönlicher Fürsorge des Unternehmens für den Arbeiter im betrieblichen und ausserbetrieblichen Leben. Angesichts der offenen Schäden ungehemmter Wirtschaftsfreiheit konnten sich auch Vertreter eines von staatlichen Massnahmen unbehelligten Liberalismus in der Wirtschaft der Notwendigkeit nicht mehr entziehen, vermehrt Sozialpolitik zu betreiben. Solange es sich grösstenteils um kleine oder mittlere Betriebe mit einem Patron handelte, konnte die Fürsorge auf privater Grundlage erfolgen. Sobald aber die Unternehmen wuchsen und die Leitung unpersönlicher wurde, stellte sich immer unabweislicher die Frage nach einer staatlichen Sozialgesetzgebung. Die Unternehmer wehrten sich aber immer wieder gegen eine stärkere staatliche Kontrolle und staatlich unternommene sozialpolitische Massnahmen. In den 20er Jahren kämpfte der Professor für Nationalökonomie an der Universität Basel, Christoph Bernoulli, vergeblich gegen das herrschende Zunftsystem, das unter anderem durch eine restriktive Aufnahmepraxis von Fremden ins Basler Bürgerrecht unerwünschte Konkurrenz fernhielt und dadurch zu einer Verteuerung der Produktion beitrug. Hingegen war Basel der erste Kanton in der Schweiz, in dem ein progressives Steuersystem eingeführt wurde, nach dem die Reichen stärker besteuert wurden als die Armen[678]. «Das liberal-konservative Basler Bürgertum scheint von der Auffassung durchdrungen zu sein, es habe sich die Steuerlasten grösstenteils selbst zu überbürden, da es auch die grösste politische Verantwortung trage.»[679]

Der Gedanke einer staatlichen Gesetzgebung zur Regelung sozialer Probleme lag zunächst auch den Politikern und Unternehmern fern, welche die Notwendigkeit sozialer Massnahmen durchaus ernst nahmen, sei es aus politischer Zweckmässigkeit, sei es aus christlichem Verantwortungsgefühl heraus. Dies sollte aber frei von staatlichem Interventionismus auf rein privater Basis geschehen. Mit den zunehmenden sozialen Problemen, die sich durch die wachsende Industrialisierung ergaben, reifte aber nach und nach die Erkenntnis, dass private Wohltätigkeit nicht genügte. So stellte etwa Carl Sarasin 1852 in einem Referat vor der Gemeinnützigen Gesellschaft fest: «Die Erfahrung lehrt, dass dem Industrialismus hie und da Zügel angelegt, zugunsten der der Industrie dienenden Klassen gewisse Schutzmassnahmen aufgestellt werden müssen ... Hierher gehört die Festsetzung des zulässig niedrigsten Alters bei Kindern, Bestimmung über konstante und durchgehende, mit der menschlichen Natur durchaus unverträgliche Nachtarbeit, über ein Maximum der täglichen Arbeitszeit, über Einhaltung der dem Arbeiter unentbehrlichen Sonntagsruhe, über Vorsorge für Kranke und Erwerbsunfähige unter den Arbeitern, über ungesunde und dem Arbeitenden gefährliche Gewerbe, über

Schutz vor Maschinen und unzulässigen Arbeitslokalen.»[680] Schliesslich gebe es auch so etwas wie ein öffentliches Gewissen, das sich besonders der Frauen und Kinder annehmen sollte.

Die ersten Massnahmen zu einer Verbesserung der sozialen Situation des Proletariats musste von Seiten der Unternehmer kommen. Die Arbeiter hatten noch keine Interessenvertreter in Regierung und Parlament. Diese Situation konnte sich vorläufig auch noch nicht ändern, selbst durch die Ausweitung des Stimmrechtes nicht. Wahlen fanden zunächst normalerweise an Werktagen statt; Arbeiter, die daran teilnehmen wollten, erhielten aber dafür keinen freien Tag. Wegen der angespannten finanziellen Lage der meisten Arbeiterfamilien konnte sich aber kaum jemand den Ausfall eines halben oder gar ganzen Tageslohnes leisten[681]. Die vorherrschende Meinung unter den Basler Handelsherren war, dass der Staat sich in die inneren Belange der Betriebe nicht einzumischen habe. Als innere Belange verstand man aber auch Fragen von Entlöhnung und sozialen Massnahmen! Selbst die den Arbeitern aus ihrer christlichen Grundhaltung heraus gewogenen Unternehmer dachten zunächst nicht an grundlegende sozialpolitische Veränderungen. Ihre Gedanken gingen meist eher in Richtung einer patriarchalen Wohltätigkeit für die ihnen anvertrauten Arbeiter. Schon die ersten Ansätze gewerkschaftlicher Organisation unter den Arbeitern wurden unterbunden, bei drohenden Streiks wurde von «Meuterei» geredet[682].

Bei allem Verständnis für die Nöte der Arbeiter herrschte aber auch bei den Handelsherren, die aus einem bewusst christlichen Geist heraus ihre Aufgabe verstanden, die Meinung vor, dass Arbeiter, die in Not und Elend versunken waren, an ihrer Situation letztlich selber schuld seien. Als Heilmittel gegen soziale Probleme und Verelendung wurden deshalb Fleiss, Sparsamkeit, Mässigkeit und Selbstbeherrschung empfohlen[683]. Als Grundlage, die sich verstärkenden sozialen Herausforderungen anzugehen, wurde die Bibel angesehen. «Sie enthalte nicht nur die besten Lehren für die Geschäftstüchtigkeit, sondern auch die richtigen Grundsätze für die Behandlung der Arbeiter.»[684]

5.1.4 Staatliche sozialpolitische Massnahmen

1843 wurde durch eine Kommission der Gemeinnützigen Gesellschaft eine Untersuchung durchgeführt, in der in den meisten Industriezweigen ein relativ gutes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgestellt wurde. Hingegen wurde aufmerksam gemacht auf allgemein ungesunde Wohnungen, hohe Mitpreise und niedrige Löhne. Der Industrielle müsste erkennen, dass nicht nur die Rendite zähle, sondern «dass seinen Unternehmungen allein die Krone aufgesetzt sei, wenn mit Erreichung des von ihm verfolgten Zweckes auch verhältnismässiges Wohlsein und Zufriedenheit das Dasein des Arbeiters erfreuten.»[685]

Basel war in verschiedenen Belangen in der schweizerischen Sozialpolitik führend. Die patrizischen Handelsherren versuchten, «das Mass der sittlichen Verantwortung des Protestantismus gegenüber den Industriearbeitern zu eruieren. Dieser Versuch resultierte nicht nur in den ersten Fabrikgesetzen, die in Basel erlassen wurden; er gab auch mit den Anstoss zur schweizerischen Sozialpolitik.»[686]

Die Patrizier von Basel versuchten, «die Angelegenheiten der Stadt im Geist protestantischer Frömmigkeit zu lenken ... Natürlich gab es eine reaktionäre alte Garde, die sich verzweifelt bemühte, Basel als eine protestantisch-christliche Stadtrepublik zu erhalten, um es vor den Wirren des Industrialismus, seinen Aufregungen und Radikalismen zu bewahren. Wenn diese unerschütterlichen ‹prinzipiellen Konservativen› nach 1847/48 auch an Einfluss verloren, so blieb doch das Misstrauen gegen Demokratie und Sozialismus unter den neueren Geldaristokraten stark genug, um das traditionelle Ratsherrenregiment zu erhalten, auf das die Patrizier mit ihrem politischen Einfluss angewiesen waren. Fragen des religiösen und städtischen Wohls konnten allein vor den führenden Bürgern durchgesprochen werden.»[687]

Gelegentlich tauchten Befürchtungen auf, durch zu enge Handelsbeziehungen mit dem benachbarten katholischen Frankreich könnte sich der reformierte Charakter der Stadt ungünstig verändern. Durch Zuwanderung vieler Arbeiter verdoppelte sich die Bevölkerung zwischen den dreissiger Jahren und 1860 beinahe. Allerdings wurde die Einbürgerung ausländischer Zuzüger bis in die 60er Jahre hinein stark erschwert und dadurch gebremst. Die Industrie entwickelte sich in ungeahntem Mass. Der wachsende Handelsverkehr auf dem Rhein und die Eisenbahn unterstrichen die Bedeutung Basels als Verkehrsknotenpunkt und Handelsmetropole. «Nichtsdestoweniger gab es Kinderarbeit, lange Arbeitsstunden, zerbrochene Familien und all die anderen sittlichen Nöte eines unterbezahlten und unterernährten Proletariats. Basel war zu dieser Zeit weder sauber noch in guter Ordnung. Überfüllte und unhygienische Wohnungen zusammen mit einem unzureichenden Kanalisationssystem und einer mangelhaften Wasserversorgung führten zu häufigen Typhus- und Choleraepidemien. Nicht einmal die Schrecken der Cholera bewogen die Bürger, ob liberal oder konservativ, der Stadt im Interesse der öffentlichen Gesundheit das Recht zu regulierenden Eingriffen in ihr Leben und Besitztum zu übertragen.»[688]

1874 erschien ein «Gutachten betreffend obligatorische Krankenversicherung» im Druck, das von Adolf Christ und Staatsschreiber G. Bischoff im Auftrag des Staatskollegiums erarbeitet worden war. Darin wurden die bisher bestehenden Unterstützungs- und Versicherungsmassnahmen für Arbeiter und ihre Familien aufgeführt. Im Gegensatz zum Wirtschaftsliberalismus, welcher auf die Gesetze der Marktwirtschaft vertraute und soziale Massnahmen ganz der Freiwilligkeit der Unternehmer und der Arbeiter überlassen wollte, lief dieses Gutachten darauf hinaus, den Kleinen Rat um eine Gesetzesvorlage über eine obligatorische Krankenversicherung zu ersuchen. Zwar müsse freiwillige Sozialhilfe und -Versicherung weitergehen, aber staatliche Massnahmen seien unumgänglich, damit niemand durch die Maschen des Versicherungsnetzes fallen könne.

Dabei wurde auch grosser Wert auf vorbeugende Massnahmen gelegt, zu denen die finanziellen Grundlagen gelegt werden sollten. Es sei schliesslich im Interesse der Gemeinschaft, wenn «manche Krankheit im Keim erstickt werden kann, welche früher aus öconomischen Gründen in ihren Anfängen unberücksichtigt blieb und desshalb zu gefährlicher Entwicklung gelangen konnte»[689].

Wenn die gängigen ökonomischen Schulmeinungen nichts von staatlicher Intervention im Gebiet des Versicherungswesens wissen wollten, habe sich deren Argumentation im Lauf der letzten 20 bis 30 Jahre als sehr anfechtbar erwiesen. Dazu sei aber auch der moralische Faktor zu beachten, denn diese Anliegen könne man nicht nur als «Zahlen- und Geldfragen» betrachten. Besonders seit 1848 sei nun ein starker Trend der Arbeiterschaft zur Selbsthilfe zu beobachten. Das hänge zusammen mit dem Wunsch, nicht von Almosen abhängig zu sein. «‹Selbst ist der Mann!› das ist die Devise auch für ihn, und er ist und bleibt sich ihrer bewusster als manche äusserlich besser gestellte Leute, weil er jede Woche Tag in directester Weise von seiner Arbeit lebt.»[690] Von staatlicher Seite müssten aber dazu die nötigen finanziellen und gesetzgeberischen Voraussetzungen geschaffen werden. Staat und Bevölkerung seien ja nicht zwei voneinander getrennte Faktoren. Dazu seien auch die in der Stadt wohnenden zugezogenen Leute zu zählen. «Desshalb betrachten wir Organisationen für unsre Republik ganz eigentlich als eine in unsrer Zeit gebotene Aufgabe, von deren glücklicher Lösung bei uns noch mehr als anderswo das Heil der Zukunft abhängt.»[691] Im übrigen sei auch das Versicherungswesen nur ein Teil der sozialen Frage, von welcher sich der Staat nicht distanzieren könne. Dass dieses Gutachten zunächst kaum Wirkung zeigte, hängt damit zusammen, dass kurze Zeit danach das alte politische System in Basel mit der bis dahin führenden patriarchalischen Ratsherrenmehrheit grundlegend umgestaltet wurde.

5.1.5 Kirchliche und private Armenfürsorge

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Reformierte Kirche Basels Staatskirche, was ihr gewisse Privilegien eintrug, andererseits aber auch zu einer grossen Belastung im Blick auf ihre eigentlichen Aufgaben werden konnte. Eine gewisse Hypothek für das Ansehen der Kirche in der Basler Landschaft lag zum Beispiel in der Tatsache, dass die meist aus vornehmen Basler Familien stammenden Pfarrer, politisch normalerweise stark konservativ geprägt, verschiedene Beamtenfunktionen für die Stadt wahrnehmen mussten, was vor allem bei der revolutionären Erhebung der Landschäftler Bevölkerung gegen die Stadt sich negativ auswirkte. So sollten sich zum Beispiel die Pfarrer für «die Einimpfung der Schutz-Pocken» einsetzen und sich «an der neuen Landschulordnung» beteiligen[692]. Besonders verhasst wurden aber die Pfarrer, als sie in die Zehntenfrage einbezogen wurden. 1798 war zunächst beschlossen worden, dass Zehnten und Bodenzinsen durch Loskauf abgeschafft werden sollten[693]. Dieser Loskauf wurde durch eine Regelung von 1803 mit gewissen Auflagen verknüpft, welche von den Pfarrern gehand-

habt werden sollten. So sollten sie den Heuzehnten und andere Abgaben einziehen. Beim Loskauf der Zehnten und Bodenzinsen sollten sie mitwirken[694].

Traditionellerweise stand den Pfarrern die Nutzung von Stiftungen für die Armen zu, um Bedürftigen mit Geld und Naturalien beizustehen. Als Folge der Kriege nahmen durch die wachsende Not Armut, Bettelei und Bandenunwesen immer mehr zu. Da oft die Gefahr bestand, dass man da half, wo am lautesten geklagt wurde, waren Vorwürfe zu hören, dass man den kriminellen Banden gegenüber freigebiger sei «als gegen die armen Baselbieter, die man oft mit einem ‹Helf dir Gott› vertröste»[695].

Dem Pfarrer von Frenkendorf oblag die Betreuung des Armenhauses, in dem die Zahl der zu betreuenden Armen zwischen 1801 und 1808 von 60 auf 136 stieg. Diese Betreuung erforderte einen grossen zeitlichen Einsatz, wurde er doch oft zur Suppenkontrolle zugezogen und musste, «öfters ihren Morgen- und Abendgebeten beiwohnen, die Kleinmütigen und sonst Angefochtenen ungerufen besuchen»[696].

Von kirchlicher Seite wurde auch eine ganze Anzahl wohltätiger Institutionen unterstützt. So erinnerte Dekan von Brunn aus Liestal in einem Brief vom 13. Februar 1830 die Amtsbrüder seines Dekanats daran, dass sie die Abgaben zu Gunsten der landwirtschaftlichen Armenschule in Gundeldingen nach dem Wunsche des Vereins einzuziehen hätten. Er legte dem Schreiben auch die «Grundsätze über die Aufnahme der Zöglinge in diese menschenfreundliche Anstalt» bei[697]. Viele Pfarrer hatten in sozialen Belangen auch als Angestellte des Staates tätig zu sein.

Zeitweise wurde in den Kirchen der Stadt eine freiwillige Armensteuer erhoben. Im Jahr der Hungersnot und grossen Teuerung 1817, wurde auf den Kanzeln der Stadt über 1. Petrus 5, 6.7 gepredigt: «So demütigt euch unter die gewaltige Hand Gottes ...». In diesen Gottesdiensten wurde eine Kollekte zusammengelegt, «wovon die Hälfte für die Landschaft, die andere Hälfte für die hiesigen Armen» bestimmt wurde[698].

Viele Pfarrer waren besonders in der Landschaft direkt oder indirekt mit der Brüdergemeine in Basel verbunden. Sie suchten immer wieder ihr soziales Engagement direkt mit der Verpflichtung der Evangeliumsverkündigung zu verbinden. Dazu wurden ihnen viele Hilfestellungen geboten, zum Beispiel durch die Basler Traktat- und die Bibelgesellschaft.

Die Kirche sah sich von ihrem Auftrag her immer wieder herausgefordert, auf die materiellen sozialen Herausforderungen, aber auch auf die abnehmende Bedeutung des christlichen Glaubens in weiten Teilen der Bevölkerung zu reagieren. Da man auch in wirtschaftlichen Problemen häufig als Ursache den revolutionären Geist sah, welcher der Bibel entgegenstehe, versuchte man immer wieder durch christliche Erziehung und Verkündigung das wankende Fundament des auf die Bibel gestützten Glaubens zu stärken. Damit verbunden waren die vielfältigen Aktivitäten sozialer Art, welche direkt oder indirekt durch die Kirche und die Pfarrer als deren Beauftragten geleistet wurden. Ein wesentlicher Grund für die Verknüpfung von humanitären Aktionen und Verbreitung von Bibeln lag wie gesagt in der damals weitverbreiteten Ansicht, dass Armut sehr oft eine direkte Folge von Unglauben und Auflehnung gegen Gott sei. Daraus erwachse Faulheit,

Unmoral, Arbeitsunlust. So versuchte man, den sozialen Problemen mindestens im Sinne von flankierenden Massnahmen dadurch entgegenzutreten, dass man den Menschen helfen wollte, durch Ernstnehmen der göttlichen Gebote ihr Leben auf eine solidere Basis zu stellen.

Schon bald nach Gründung der Basler Bibelgesellschaft und nachdem deren eigene Bibelausgabe erhältlich war, offerierte die Bibelgesellschaft der Basler Kirche, die für bedürftige Personen benötigte Anzahl Bibeln gratis abzugeben. So richtete Antistes Emanuel Merian am 6. Februar 1811 ein Rundschreiben an die Dekane mit der Mitteilung, die Bibelgesellschaft wäre bereit, die Bibelverbreitung unter den ärmeren Teilen der Bevölkerung zu fördern. Es solle deshalb die Anzahl jener ärmeren Gemeindeglieder gemeldet werden, «die sich noch keine Bibel haben anschaffen können, und von denen doch zu hoffen stehe, dass sie dieselbe gern lesen und einen heilsamen Gebrauch davon machen würden».

Dekan Merian in Liestal leitete am 10. Februar 1811 diese Anfrage an die Amtskollegen des Liestaler Dekanats weiter. Aus jeder Gemeinde wurde auf dem selben Briefbogen eine Anzahl bedürftiger Familien gemeldet, obwohl der grösste Teil der Haushaltungen wohl mit Bibeln versehen war. Von Läufelfingen war zum Beispiel zu vernehmen, in 89 Haushaltungen befänden sich 45 komplette Bibeln. «Neun ganz dürftige Familien würden das Geschenk einer Bibel mit dem innigsten Dank annehmen; von fünf andern habe ich Auftrag gelegentlich Bibeln zu kaufen.»[699] Rund 70 Bibeln wurden so vom Dekanat Liestal zur Verteilung angefordert, trotz der Bemerkung des Dekans, es verstünde sich ja von selbst, dass man die Freigebigkeit der Bibelgesellschaft nicht durch allzu hohe Forderungen missbrauchen möge.

Auch in den anderen Dekanaten wurde diese Verteilaktion durchgeführt. In der Antwort von Bretzwil wurde dabei hervorgehoben, man werde selbstverständlich «diesen köstlichen Schatz nur den würdigsten Armen, d.h. solchen anvertrauen … von deren bisher geäusserten Gesinnungen mit Recht zu erwarten steht, dass sie ihn fleissig benutzen, in einem feinen, guten Herzen bewahren, und reichliche Früchte der Tugend und wahrer Gottseligkeit hervorbringen dürften!»[700]

1842 wurde von der Bibelgesellschaft aus dem Antistes und den Pfarrern von Basel, Riehen, Kleinhüningen und St. Jakob angeboten, für die geschenkweise Abgabe von Bibeln an junge Eheleute «bei Anlass ihrer Copulation» zu sorgen. Die Bibelgesellschaft zweifle nicht daran, «dass auf diesem Wege immer etliche Exemplare h. Schrift unter unsere ärmeren Classen hiesiger Einwohner zu verbreiten sein werden»[701].

Neben Gratisverteilaktionen von Bibeln wurde eine Zeitlang der Versuch eines Verleihsystems für Grossdruck-Bibeln zugunsten von sehbehinderten Leuten, für Leute «mit blödem Gesicht», wie man das damals häufig nannte, unternommen. Allerdings schien die Sache nicht den Erwartungen entsprochen zu haben. So meldete der Pfarrer von Pratteln, das Ausleihen der Bibeln dünke ihn «eine missliche Sache, wenn sie einmahl wieder zurückgefordert werden sollen», es schiene ihm besser, von Zeit zu Zeit billige Ausgaben, vielleicht für den halben Preis, zum Verkauf anzubieten[702].

Schon seit Ende des 18. Jahrhunderts wurden Strafgefangene während ihrer Haftzeit praktisch und geistlich betreut, ebenso nach ihrer Entlassung. Dabei wollte man aber auch der Frage nachgehen, ob «erfreuliche Spuren des Einflusses der Strafe auf Gesinnung, Sitten und äusseres Fortkommen» sich ergeben oder ob diese Hoffnungen sich als trügerisch erwiesen hätten[703].

Eine Folge der zunehmenden Industrialisierung war auch in Basel die schleichende Auflösung bisheriger sozialer Verbände wie Familie, Sippe und Kirchgemeinde. Die Individualisierung und damit verbunden die Einsamkeit nahm immer grössere Formen an. Kinder mussten vielfach, bevor sie erwachsen waren, auswärts in eine Lehrstelle gegeben werden. Daraus heraus lockerten sich auch zunehmend die Bindungen zur Kirchgemeinde und ihrem Pfarrer. So wurde etwa die Tatsache beklagt, dass öfters dadurch ein geordneter Katechismusunterricht in Frage gestellt werde, besonders, wo die Meistersleute sich um die religiöse Bildung ihrer Lehrlinge nicht weiter kümmerten.

5.1.6 Institutionelle und freiwillige Fürsorge

Soziales Engagement für Unterprivilegierte wurde zunächst nicht von Staats wegen, sondern vor allem durch kirchliche oder private freiwillige Vereine gepflegt, wie etwa durch die Gemeinnützige Gesellschaft oder durch Gruppen, deren Gründung vor allem von Christian Friedrich Spittler angeregt worden war.

«Die evangelische Kirche in der Schweiz nahm ihre soziale Verantwortung ausschliesslich in der Form von karitativer Unterstützung in den dringendsten Einzelfällen wahr. Nur in diesem Sinne wurde die Innere Mission hier positiv gewertet. Sie hat in der Schweiz niemals die messianische Bedeutung einer christlich-sozialen Erneuerungsbewegung erlangt, wie Wichern sie ihr zugemessen hatte.»[704]

Der Durchmarsch der gegen Napoleon marschierenden Truppen im Dezember 1813 brachte Basel nicht nur den Besuch der Herrscher von Russland und Preussen, sondern auch den Anblick von viel Elend der zum Teil verwundeten und kranken Soldaten[705]. «Die Rheinstadt mit ihren 17 000 Einwohnern hat vom 21. Dezember 1813 bis zum 20. Juni 1814 eine solche Masse von Generälen, Offizieren und Soldaten, Staatsmännern samt Gefolge und Dienerschaft zu beherbergen, dass eine amtliche Statistik fast 800 000 Verpflegungstage rechnet; das Furchtbarste aber war der von den Truppen eingeschleppte Flecktyphus»[706]. Tausende fremder Soldaten starben in den Basler Lazaretten. Auch etwa 800 Einwohner der Stadt wurden durch die Seuche weggerafft.

In dieser Zeit setzte Spittler unter Mobilisierung aller Möglichkeiten der Bibel- und der Traktatgesellschaft alles daran, diese fremden Truppen mit Bibeln und Traktaten und mit weiteren evangelistischen und erbaulichen Schriften zu versorgen[707]. Während der Belagerung von Hüningen war er häufig im Feld bei den Soldaten anzutreffen, wo er Traktate verteilte und mit den Leuten ins Gespräch zu kommen suchte. Darüber hinaus aber sah er auch die materielle und gesundheitliche Not. Er veröffentlichte einen Aufruf

an die Bevölkerung, in welchem er darauf aufmerksam machte, dass die von der Obrigkeit geleistete Hilfe in keiner Weise all dieser Not gerecht werden könne. So habe sich eine Anzahl Menschen zusammengetan «zu verschiedenen hilfreichen Einrichtungen in Wartung und Pflege, sowie in sorgfältiger Zubereitung solcher Speisen, welche nach genommener Verabredung mit den Spitalärzten die Kranken vorzüglich bedürfen. Da von seiten des Kriegskommissariats gewünscht wird, dass das ganze Publikum öffentlich eingeladen werde, zu diesem Zweck beizutragen, so wird noch eine besondere Anzeige ausgegeben, welche das weitere enthält. Fürs erste ist besonders wünschenswert: Wein, Reis, Gerste, getrocknetes Obst und gutes Brot. Um es unsern Mitbürgern bequem zu machen und vielseitige Berührungen mit den Kranken zu verhindern, ist man ersucht, alles was Liebe und Mitleid für diese Zwecke darzureichen bereit sind, im Fälkli abzuliefern, wo sowohl die Herbeischaffung als die Zubereitung der Speisen aufs gewissenhafteste besorgt wird. Über jede Beisteuer wird eine Bescheinigung gegeben, deren Nummer in der Rechnung angezeigt wird. Neben der Wohlthat an die Betreffenden ist es auch darauf abgesehen, das Mögliche zu thun, um von unserer Stadt die Gefahr abzuwenden, welche durch Verbreitung ansteckender Krankeiten in Militärspitälern so leicht geschieht. Da sich so viele Elende oft ohne die nötige Bedeckung und Kleidung finden, wenn sie auf Wägen weiter transportiert werden, so kann diesen bei der Kälte drückenden Bedürfnissen auch durch abgelegte Kleidungsstücke menschenfreundlich abgeholfen werden»[708].

Spittler, obwohl in sanitären und medizinischen Belangen Laie, bemühte sich also um effektvolle Hilfe in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Fachleuten. Dabei dachte er sogar an den Schutz der Helfenden vor der Ansteckung und stellte spontan sein Wohn-, Gemeinschafts- und geistliches Zentrum, das «Fälkli», als Abgabestelle und Depot zur Verfügung. Seine Hilfe war offensichtlich nicht nur gut gemeint, sondern durchdacht und trotz der gebotenen Eile der benötigten Hilfe sorgfältig vorbereitet. Notvolle Erfahrungen hatten gelehrt, wie wichtig die Fürsorge auch für hilfswillige Menschen war. So starben infolge Ansteckung drei junge Basler Ärzte. «Auch ins Waisenhaus drang die Seuche ein durch Verschleppung, da die Waisenknaben benutzt worden waren, den kranken Soldaten Arzneien usw. zu bringen.»[709]

Während der grossen Hungersnot 1817 hielt sich für einige Zeit Frau von Krüdener in Basel auf bis zu ihrer Ausweisung durch die Basler Behörden. Sie nahm daraufhin ihren Wohnsitz beim Grenzacher Hörnli, wohin ihr viele Mitarbeiter nachfolgten, unter ihnen Professor Lachenal. An ihrem Domizil verteilte sie an die Armen Lebensmittel, was zu einem grossen Zustrom von bedürftigen Mitgliedern der Basler Bevölkerung führte. Dies wiederum brachte Frau von Krüdener zu einer Reihe von scharfen, für die massgebenden Personen in Basels politischer und kirchlicher Öffentlichkeit nicht eben schmeichelhaften Bemerkungen über deren Trägheit in sozialer Hinsicht.

Auch die katholische Gemeinde sah sich im sozialen Bereich vielfach herausgefordert. Zunächst setzte sie sich vor allem aus Angehörigen der unteren sozialen Schichten zusammen, welche teilweise selber in Notfällen unterstützungsbedürftig waren. Als sich

langsam die Gemeinde konsolidierte und sich in einem eigenen Gottesdienstraum versammeln konnte, wurde eine «Armen-Anstalt» eingerichtet, um «für die arme Dienstboten und Handwerker»[710] zu sorgen. Diese Anstalt wurde von einem Verein getragen, welcher Mittel aufzubringen suchte, «um jedem ihrer kranken oder armen Mitgliede nach Nothdurft beizuspringen.» Eine weitere Kasse bemühe sich darum, für die armen Kinder den Schulbetrag aufzubringen.

5.2 Das Erziehungswesen

5.2.1 Das Erziehungswesen in Basel zu Beginn des 19. Jahrhunderts[711]

Das staatliche Schulwesen wies zu Beginn des 19. Jahrhunderts grosse Lücken auf. Verschiedentlich wurden Verbesserungen angestrebt und zum Beispiel 1798 und 1800 neue Schulordnungen geschaffen. Aber in den Krisenjahren nach den napoleonischen Kriegen mangelte oft das Geld, um grundlegende Verbesserungen erzielen zu können. Da sprang unter anderem die Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG) in die Lücke und machte sich besonders die Verbesserung des Ausbildungswesens zur Aufgabe. So war zum Beispiel bereits 1784 die «Papiererschule» für Kinder der in den Papierfabriken im St.-Alban-Tal beschäftigten Arbeiter ins Leben gerufen worden. Als später auch Kinder von in anderen Industriezweigen beschäftigten Arbeitnehmern dazu kamen, wurde sie erweitert zur «Fabrikschule»[712]. Dazu kam 1843 im Klingental eine unentgeltliche Kleinkinderschule für Kinder aller sozialen Schichten[713]. Auch ein Blindenheim wurde eingerichtet. Besondere Schuleinrichtungen, etwa durch Näh- und Flickschulen, wurden für Mädchen geschaffen, «damit sie brauchbare und nützliche Dienstboten ihrer begüterten Mitmenschen und rechtschaffene Ehefrauen und Hausmütter solcher Familien werden, welche ihren Unterhalt einzig durch ihre Handarbeit gewinnen müssen»[714]. Dabei hatte man unter anderem die Situation im Auge, dass viele Eltern ihre Kinder schon früh zum blossen Geldverdienen einsetzten, weshalb Verordnungen über die Schulpflicht hier Grenzen setzen mussten[715].

Zu den staatlichen Massnahmen auf dem Gebiete des Erziehungswesens gehörten die Kleinkinderschulen. Zwar waren die ersten Kleinkinderschulen auf privater Basis von der GGG gegründet worden. Aber die Berichte der GGG sprechen von unzureichenden Mitteln, allen Anforderungen gerecht zu werden. So wurde die Sache vom Erziehungsdepartement in die Hand genommen[716].

5.2.2 Die Reorganisation des Erziehungswesens

Treibende Kraft in der Reorganisation der Schule 1796 und 1800 war vor allem Peter Ochs gewesen. In den folgenden Jahren wurde das ganze Erziehungswesen von Grund

auf neu geregelt. Von der Regierung war eine Kommission eingesetzt worden, welche zunächst die Universität neu ordnen sollte. Sie kam aber zur Überzeugung, dass eine Neuordnung des ganzen Schulwesens nötig sei. 1817 wurde vom Grossen Rat das neu geschaffene «Gesetz über die öffentlichen Lehranstalten in Basel» gutgeheissen, das allerdings zunächst die Mädchen noch unberücksichtigt liess[717]. Theoretisch waren zwar auch die Mädchen eingeschlossen. Es wurde aber eine spezielle Mädchenschule geschaffen, da zwischen Knaben und Mädchen grundsätzliche Unterschiede bestünden. So beschrieb in einer Eingabe an Bürgermeister und Rat die Inspektion den Zweck dieser Mädchenschule folgendermassen: «Die eigentlichen Schulen können und sollen den Mädchen nicht ebensoviel sein als den Knaben. Dieser ist für das öffentliche Leben bestimmt und muss daher früher wie dasselbe gebildet werden. Das Mädchen ist für das häusliche Leben bestimmt und lernt demnach auch nicht das meiste, doch das beste in der Häuslichkeit, wenn diese einigermassen ist, wie sie sein sollte.»[718] Die Grundlagen der neuen Schulordnung waren stark von der Aufklärung und von Pestalozzi beeinflusst. Religionsunterricht blieb vorerst im obligatorischen Lehrplan, bis er im Schulgesetz von 1880 für fakultativ erklärt wurde[719]. Neben den öffentlichen Lehranstalten gab es eine Reihe von Privatschulen, welche 1818 der Aufsicht des Erziehungskollegiums unterstellt wurden[720].

Im «Christlichen Volksboten», gegründet von Pfarrern, welche aus ihrem Pfarramt im abgetrennten Kanton Baselland vertrieben worden waren, wurde in der ersten Nummer die Entwicklung des Erziehungswesens geschildert. Während der Zeit der Mediation seien verschiedene Anstrengungen unternommen worden, das Erziehungswesen zu verbessern. Durch Inspektion durch das Deputatenamt, die Erziehungsbehörde in Basel, sei manches verbessert worden. Man habe versucht, das Erziehungsniveau in den Schulen zu heben, unter anderem dadurch, dass allzu untaugliche Lehrer entlassen und mit einem kleinen Ruhegehalt versehen wurden[721]. In der folgenden Zeit habe nach Einschätzung christlicher Kreise eine Verbesserung stattgefunden, indem selbst in kleinen Dörfern mit kaum zwanzig Schulkindern Schulen eingerichtet worden seien. Die neue Schulordnung von 1826 zeichne sich durch verschiedene Vorzüge aus: § 41 halte zum Beispiel fest, dass die Schulen auf christlicher Grundlage ruhen und die Jugend «nicht nur zu nützlichen Menschen und treuen Bürgern des Vaterlandes, sondern auch für das Reich Gottes» gebildet werden sollten[722]. Positiv sei auch vermerkt, dass es sich erst um einen Versuch für 6 Jahre handle, um noch Besseres in der Zwischenzeit zu erarbeiten. Zwar sei der Kanton für ein eigenes Lehrerseminar zu klein, aber es würden doch von Zeit zu Zeit Lehrerfortbildungskurse durchgeführt. Die Einrichtung von Schulkonferenzen und die Einsetzung von Inspektoren hätten sich positiv bewährt. Durch die politischen Wirren und die Kantonstrennung mussten dann aber beide Kantone eigene Wege gehen, um ihr Erziehungswesen neu zu ordnen.

Die Kantonstrennung wirkte sich auch auf die Schulgesetzgebung aus. Fortan waren beide Halbkantone für die Gestaltung ihres Erziehungswesens verantwortlich, wobei sich die Landschäftler mit ihren Lehrplänen, Unterrichtsmaterialien und Lehrerausbildungen stärker an den Kanton Aargau als an Basel-Stadt anlehnten.

1838 wurde die allgemeine Schulpflicht in Basel eingeführt, nachdem schon bisher versucht worden war, möglichst allen Kreisen der Bevölkerung den Weg zu einer gewissen Schulbildung zu öffnen, zum Beispiel durch die mit den Pfarrgemeinden verbundenen und meist vom Pfarrer geführten Elementarschulen oder durch die 1769 gegründeten Armenschulen für «Verwahrloste … Lehrlinge und Fabrikkinder»[723]. Der «erste grossangelegte Versuch eines unentgeltlichen, öffentlichen Schulunterrichtes für die minderbemittelte Bevölkerung Basels» war die Armenschule im Klingental[724]. Zu den massgebenden Gestalten bei den späteren Revisionen des Erziehungswesens gehört Ratsherr Adolf Christ, der von 1847 bis 1863 im Erziehungskollegium sass und anlässlich der Schulreform von 1851/52 eine Schrift über «Schulen und Universität in Basel» verfasste[725].

Auch die Einführung der Schulpflicht in der Stadt Basel wurde am Rande noch religiös motiviert, wenn die Regierung erklärte, man erlasse diese Anordnung «in Betracht der Notwendigkeit, dass die Wohltat des Unterichtes, wie derselbe durch die Kirche und die öffentlichen Schulanstalten allen Kindern zugänglich gemacht wird, auch keinem unter irgendeinem Vorwand vorenthalten werde, und geleitet von der Absicht nach Kräften dahin zu wirken, dass eine nach Verstand und Herz wohlgebildete Jugend zur Ehre Gottes und dem Gemeinwesen zum Segen unter uns aufwachse»[726].

Wie in der Stadt, so waren es auch auf dem Land vor allem die pädagogischen Erkenntnisse Pestalozzis, welche die Neuordnung des Schulwesens bestimmten. Der massgeblich daran beteiligte erste Schulinspektor, Johannes Kettiger (1802–1869)[727], war erst in Basel Lehrer, als er nach der Kantonstrennung nach Hause gerufen und mit dem Auftrag betraut wurde, beim Aufbau des Schulwesens mitzuarbeiten. Obwohl er sich gegen eine pietistische Frömmigkeit aussprach, verstand auch er sich als Christ. «Die ersten Gefühle des Tages gehörten seinem Gott.»[728] In seinen pädagogischen Ansichten ist er, der Pestalozzischüler, in vielen Belangen mit Zeller zu vergleichen. 1853 legte er viele Gedanken in einem «Wegweiser für schweizerische Volksschullehrer» nieder, worin auch er das persönliche Beispiel der Lehrer für die Schüler, vor allem was Bildung in Sittlichkeit und Tugend anbelangt, hervorhob[729]. «Was du in sittlichen Dingen von deinen Schülern verlangst, du wirst es nimmer erreichen, so das Kind und seine Eltern es nicht an dir selbst wahrnehmen. Was du aber auch tust in Sachen der Tugend und Gottesfurcht an deinen Schülern: thue es nicht blos in voraus dazu bestimmten Stunden, sondern vielmehr: halt' es so vom Morgen bis zum Abend, von der ersten Schulstunde bis zur letzten! Thue es auch nicht blos im Vertrauen auf dich, als deine eigene Kraft, sondern vielmehr im Vertrauen auf den, der auch in dem Schwachen mächtig ist! … Überlass dich nicht dem Glauben, es sei bei dir und an dir Alles, wie es sein soll, sondern ‹übe dich täglich, dass du ein gutes Gewissen habest vor Gott und den Menschen›, und sprich lieber: ‹Nicht dass ich es schon ergriffen hätte, ich jage ihm aber nach, dass ich's ergreifen möchte.› Amen.»[730]

Über die ersten fünf Jahre seiner Tätigkeit als Schulinspektor, 1839–1844, legte er einen ausführlichen Rechenschaftsbericht vor, in dem sehr viele Informationen über die

Schwierigkeiten des Aufbaus eines geregelten Schulwesens auch in jenen Gemeinden enthalten sind, wo Kinder schon vom siebten Altersjahr an täglich an den Spulrädern zu stehen hatten[731]. Auch Kettiger war nicht nur an der reinen Wissensvermittlung interessiert, sondern an der Bildung des ganzen Menschen, einerseits durch Förderung musischer Anlagen, andererseits vor allem im Blick auf die Pflege der Sittlichkeit und Religiosität, «wodurch der Mensch erst seiner wahren Würde bewusst und für die ewigen Wahrheiten der Religion und Moral und zwar der christlichen Religion und Moral, entflammt wird». Die meisten Lehrer bemühten sich in diesem Sinne, allerdings «eben so fern von einer kopfhängerischen Frömmelei, als von jener noch verderblichern, alles höhern Sinnes entbehrenden Gleichgültigkeit für sittliche Kräftigung und religiöse Erhebung». So werde der Lehrer die biblischen Geschichten benützen, «um bald dieses bald jenes sittliche Gesetz, bald diese bald jene religiöse Wahrheit in Beispielen vor die Seele der Kinder zu führen»[732].

Massgeblich war Kettiger an der Bildung eines kantonalen «Armenerziehungsvereins» beteiligt, welcher am 10. Dezember 1848 in der Kirche Liestal gegründet wurde, um «der Verwahrlosung der Jugend und dem Fortschreiten der Armut in Baselland zu begegnen»[733].

Beide Halbkantone bemühten sich nach der Kantonsteilung um eine geregelte Ausbildung ihres Lehrpersonals. Für beide war aber der Aufwand für ein eigenes Lehrerseminar noch zu gross, so dass die Lehrer beider Halbkantone jeweils in anderen Schweizer Kantonen ihre Ausbildung holen mussten.

5.2.3 Die Armen-Schullehrer-Anstalt in Beuggen

Im Gefolge der napoleonischen Kriege befanden sich weite Teile Europas in einem Zustand der Vernachlässigung und Verwilderung. Die verheerenden Kriege hatten unzählige Tote gefordert, welche häufig Familien mit jetzt verwaisten Kindern zurückliessen. Die wenigen bestehenden Möglichkeiten, Kinder aufzunehmen, waren hoffnungslos überlastet und überfordert. Das Schulwesen lag weithin in Trümmern. Es gab zu wenig Schulhäuser, Lehrer, Lehrmaterial. Viele Gemeinden konnten sich finanziell keinen Lehrer leisten, da im Gefolge der Kämpfe auch Hunger, Teuerung und Seuchen viele Opfer forderten. Das alles «hat die meisten Länder unsrer Zeit so verwüstet, erschüttert und entkräftet, dass die Staaten für alle höhern Zwecke, als die irdischen, die Hülfsmittel auf lange Zeit verloren zu haben scheinen»[734]. Die wenigen bestehenden Waisenhäuser stünden nur den Waisen der jeweiligen Stadtbürger zur Verfügung[735]. Erschwerend komme hinzu, dass die Kirchen weithin ihr Leben und ihre Kraft verloren hätten, denn «ein sogenanntes Christenthum ohne Christus, ohne Glauben, ohne Liebe, ohne Trost und ohne Lebenskraft, verbreitete sich wie eine Sündfluth»[736]. Daher sahen sich Spittler und mit ihm eine ganze Reihe von Gesinnungsfreunden von ihrer christlichen Verantwortung her herausgefordert, auf diese Not in doppelter Weise zu reagieren.

Einmal wollte man einen Ort schaffen, an dem Waisen oder vernachlässigte Kinder aus problematischen Verhältnissen eine ordentliche Erziehung in einem Familienverband erhalten könnten. Dann sah man aber auch die Notwendigkeit der Heranbildung von Lehrern, welche fähig und bereit wären, selbst an Orten als Lehrer tätig zu sein, welche einen Lehrer kaum finanziell erhalten könnten. Während in den zurückliegenden Jahren vieles vorgekehrt worden sei, Missionare und Lehrer auszubilden und in die weltweite Mission auszusenden, sei es jetzt an der Zeit, die neue besondere Missionsaufgabe «mitten im christlichen Vaterlande» wahrzunehmen[737].

Was nottat, war aus dieser christlichen Sicht einmal ein geordneter Unterricht in allen in Frage kommenden Fächern wie Lesen, Schreiben, Rechnen. Für nicht weniger wichtig hielt man aber auch einen gründlichen biblischen Unterricht, da nur ein Leben nach den Geboten Gottes dafür Gewähr biete, dass ein wirklicher Neuanfang nach den Kriegsturbulenzen mit ihren zerstörerischen Folgen gemacht werden könne.

In dieser Zeit, am 22. Oktober 1816, kam es zu einer bedeutungsvollen Begegnung auf der Pfalz beim Münster in Basel. Christian Friedrich Spittler und Christian Heinrich Zeller[738] unterhielten sich über die Not, welche die Zeit der napoleonischen Kriege vor allem über Kinder, die als Waisen aufwachsen mussten, und über das Erziehungs- und Schulwesen gebracht hatten. Zeller schrieb über diese Begegnung unter anderem: «Freude und Wehmuth waren in unseren Herzen, Freude über den neuerweckten Eifer für die evangelischen Missionen unter den Heiden, über die Ausbreitung des Evangeliums unter Völkern, die schon so lange in Finsterniss und Schatten des Todes gesessen haben, und über den Eifer, womit das Missionsinstitut in Basel dazu beizutragen gewürdigt wurde. Aber mit Wehmuth blickten wir auf den betrübten Zustand so vieler vaterländischer Schulen, auf die Lage so vieler armen, verwahrlosten Kinder in reicheren und ärmeren Gemeinden und auf die Beschaffenheit des Christenthums in denselben ... Da entstieg unsern Herzen der Wunsch: Ach, dass doch ähnliche Anstalten wie für die ferne Heidenwelt, auch für unsere armen Gegenden in der Nähe errichtet, und christliche Lehrer in ähnlichem Geiste, wie die Heidenboten, für unsere armen Kinder und Gemeinden gebildet werden könnten!»[739] Zeller wurde um einen Entwurf für eine solche Institution gebeten, welchen er Spittler zuhanden des neu gebildeten Komitees zusandte.

Im Antrag, welcher dann am 17. September 1818 an die Basler Regierung gerichtet wurde, heisst es: «Schon lange fühlte man schmerzlich in manchen armen Gemeinden unsers lieben Vaterlandes den Mangel guter Schulanstalten; besonders fühlbar aber zeigte sich derselbe in den lezten Jahren der Noth, wo es solchen Gemeinden mehrerer Kantone, die kaum ihren leiblichen Bedürfnissen einigermassen begegnen konnten, unmöglich war, einen guten Schullehrer für ihre Jugend zu halten, und die beschränkten Mittel ihres Landes es nicht erlaubten, ihnen auf öffentliche Kösten solche zu geben. Da nun diese Gemeinden vor gänzlichem ökonomischen Verfall und moralischer und geistlicher Verwilderung nur dadurch zu retten sind, dass ihre Kinder nicht ganz ohne Unterricht, namentlich nicht ohne fleissigen und guten Religions-Unterricht, aufwachsen»[740], plane man «eine Armenschullehrer-Anstalt, wo ausser Lesen, Schreiben,

Rechnen und deutscher Sprache besonders Religions-Unterricht»[741] erteilt werden sollte[742].

In einem öffentlichen Aufruf an das Publikum, die geplante Anstalt zu unterstützen, wurde hervorgehoben, dass die zu bildenden Lehrer auch so geschult werden sollten, dass sie allenfalls «einen Theil ihres Unterhaltes, oder nöthigenfalles den ganzen erwerben könnten»[743], falls sie den Ruf einer Gemeinde annähmen, welche sich finanziell ausserstande sähe, einen Lehrer zu unterhalten. Man verstand den Auftrag, zu dem man die angehenden Lehrer bilden wollte, als Dienst für das Reich Gottes, in dem man keine Reichtümer oder Ehren anhäufen könne.

Die Vorbereitungen aber verliefen alles andere als reibungslos. Im August 1818 traten kurz hintereinander zwei Mitglieder des provisorischen Komitees unter Protest aus, da sehr viele Dinge ohne Konsultation des Komitees entschieden worden seien. Offensichtlich hatte öfters Spittler, in seiner impulsiven Art vorprellend, die Mitglieder des Komitees vor die Tatsache bereits beschlossener und vollzogener Handlungen gestellt[744]. Allerdings schienen die Spannungen und Anschuldigungen oft auf Missverständnissen zu beruhen. So nahm Zeller in einem Brief vom 25. Juli 1820 Spittler vor geäusserten Beschuldigungen in Schutz, als habe dieser im Alleingang grundsätzliche Abmachungen getroffen[745].

Aber auch mit der behördlichen Bewilligung und dem Kauf eines geeigneten Grundstücks hatte man zunächst kein Glück. Nachdem es lange so ausgesehen hatte, als stünden die Basler Erziehungsbehörde und die Regierung positiv hinter der geplanten Insitution, zog sich die Erteilung der Bewilligung immer mehr in die Länge, so dass man schliesslich die Konsequenzen zog und sich im benachbarten Grossherzogtum Baden nach einer geeigneten Möglichkeit umsah. Spittler und Zeller wurden persönlich in Karlsruhe vom Grossherzog empfangen. Dieser überliess ihnen für einen günstigen Mietbetrag das ehemalige Schloss des Deutschherren-Ordens in Beuggen[746]. Dieses Schloss war während der Kriegswirren als Lazarett gebraucht worden und befand sich zur Zeit in einem völlig unbewohnbaren Zustand. Mit vereinten Kräften vieler am neuen Projekt interessierter Leute wurde aber das Bauwerk in einen Zustand verwandelt, welcher es ermöglichte, es als Waisenhaus und Internatsschule einzurichten. Der Grossherzog von Baden stand dem ganzen Vorhaben offenbar sehr interessiert gegenüber, denn er halte eine solche Anstalt für einen Segen für sein Land[747].

Daneben gab es aber auch erfreulichere Informationen zu melden. Von vielen Seiten gingen finanzielle Unterstützungen ein, so auch von der «British and Foreign School Society», die zur Hilfe in «den unvermeidlichen Schwierigkeiten ihrer ersten Einrichtung» einen Betrag von hundert Pfund Sterling sandte[748]. Weiter schrieb Spittler an Zeller, dass die Orgel im Spalenhof verkauft werden solle. Er habe sofort gedacht, «das gäbe ein schönes Stück für euern Lehrsaal, und eröffnete für diesen Zweck eine Subscription bei Freunden, denen derartige Beiträge nicht weh thun»[749].

Zeller, der nach einer Absage Bahnmaiers, des Schwager Spittlers, nach einigem Zögern zugesagt hatte, die Leitung zu übernehmen, hatte sich intensiv mit der pädagogi-

schen Theorie und Praxis Pestalozzis auseinandergesetzt. Dabei anerkannte er mit Hochachtung, was Pestalozzi und seine Freunde an neuen und wichtigen Erkenntnissen gewonnen und in die Tat umgesetzt hätten, besonders was die Entwicklung der «intellektuellen, nahmentlich die Verstandeskräfte der Kinder» betreffe[750]. An einem Punkt, wo das eigentlich Übel liege, hätten aber «Pestalozzi und seine Freunde eigentlich noch nichts als Theorien aufgestellt, und in Praxi fast noch gar nichts geleistet», nämlich in bezug auf «die Herzensbildung der Jugend durch das Evangelium, und auf evangelischem Wege». Auf diese Herzensbildung müsse bei der Konzeption einer solchen geplanten Institution das Hauptaugenmerk gerichtet werden. Das bedeute aber auch, dass es nicht reiche, die Kinder einige Stunden am Tage zu unterrichten, um sie abends wieder in ihre häusliche Umgebung mit ihrem zerstörerischen Einfluss auf die Seelen der Kinder zu entlassen. «Evangelische Herzensbildung der Jugend zu begründen, u. Jünglinge zu dieser Bildung mit Benutzung aller Verstand bildenden bessern u. erprobten Lehrmethoden zu befähigen, das muss Euer Gesichtspunkt bleiben». Das lasse sich aber nicht anders lösen als mit der Errichtung eines Internates, «wo Ein christliches Familienleben geführt wird, wo alle Personen Glieder Einer Familie sind, u. wo Unterricht und Erziehung sich die Hand bieten, das grosse Problem an Kindern u. Erziehern zu lösen»[751].

Am 22. Juni 1820 konnte die neue Anstalt in Beuggen unter der Leitung des Pädagogen Christian Heinrich Zeller eingeweiht werden.

Das Familienprinzip, das hier zur Grundlage der neuen Organisation gemacht wurde, sollte in der Folge weitherum zum Vorbild ähnlicher Unternehmungen werden. Beuggen erhielt eine besondere Vorbildfunktion, die durch den praktischen Vollzug vor allem nach Württemberg hinein ausstrahlte. Die gemachten Erfahrungen wurden durch viele dort ausgebildete Lehrer weitergetragen und andernorts ebenfalls in Tat umgesetzt. Dann aber wirkte Zeller auch durch eine Reihe von grundsätzlichen pädagogischen Schriften in weite Kreise hinein.

Von verschiedenen prominenten Seiten erfolgten auf die Anstalt in Beuggen positive Echos. So berichtet Kober in seiner Spittler-Biographie von einem Besuch der beiden Professoren Raumer und Ranke, welche Spittler für den neuen Plan zu einer neuen Erziehungsstätte zu gewinnen suchte. Ranke schreibt in seiner Autobiographie: «Spittler, dieser merkwürdige Mann, bewegte in seinem Innern mit grosser Lebendigkeit edle und in das Weite gehende Gedanken und Entwürfe, während man äusserlich nichts davon ahnte, bis die Zeit zur Ausführung gekommen war. In Beuggen eröffnete er uns seine Gedanken über eine Erziehungsanstalt für Söhne aus höheren Ständen, die dort gegründet werden solle. Er hatte Raumer und mich zu diesem Werk ausersehen und glaubte, dass unsere Anstalt viel besser in Beuggen als in Nürnberg gedeihen könne. Nach seiner Art hatte er sich längst mit diesem Gedanken getragen und die Sache in ihren Einzelheiten überdacht.»[752] Einen weiteren Höhepunkt und auch eine gewisse Bestätigung seiner erzieherischen Grundlagen erlebte Zeller, als am 21. Juli 1826 der damals schon achtzigjährige Pestalozzi Beuggen besuchte und sich über das Werk in Beuggen positiv aussprach[753].

Zeller war neben seinen Erziehungsaufgaben auch schriftstellerisch tätig. Zunächst wurden seine in den Beuggener Jahresberichten verstreuten Aufsätze gesammelt, dann legte er aber auch seine Erziehungsgrundsätze für ein weiteres Publikum in mehreren Broschüren und Büchern vor. So erschien 1911 bereits in 4. Auflage die Abhandlung «Die Erziehung der Kinder für Zeit und Ewigkeit». Darin stellt er zunächst kurz und bündig fest: «die wahre Erziehung ist die christliche»[754]. Die meisten pädagogischen Entwürfe begingen den Fehler, nur die irdische Seite des menschlichen Lebens zu sehen. So würden Kinder nur für das Diesseits erzogen, während sie doch für die Ewigkeit vorbereitet werden müssten. Jedes Kind müsse von den Erziehern «in ein persönliches Verhältnis zu dem Herrn gebracht werden, in dem allein das Heil ist»[755]. Erzieher, seien sie nun Eltern oder Lehrer, müssten also die ihnen anvertrauten Kinder immer wieder in der Fürbitte zum Heiland bringen[756].

Zur richtigen christlichen Erziehung gehöre es, dass auch die Erziehungsgrundsätze aus der Bibel stammen müssten. So sei dadurch klar, dass ein Kind schon frühe vor Müssiggang und vor Verwöhnung bewahrt werden müsse. Dazu gehöre auch das richtige Mass an Strenge, gepaart mit Strafen, allerdings nicht aus dem Zorn heraus[757]. Wichtig sei daher das persönliche Vorbild des Erziehers für das Kind. Denn ein christliches Vorbild sei «ein anschauliches Bild des Lebens und der Liebe Christi in einem Menschen»[758].

Noch umfangreicher entfaltete Zeller seine Erziehungsgrundsätze in den «Lehren der Erfahrung für christliche Land- & Armen-Schullehrer», das 1883 in fünfter Auflage erschien. Dieses Buch wurde als pädagogisches Lehrbuch für die Ausbildung der angehenden Lehrer in Beuggen verwendet[759]. Auch hier entwickelte Zeller sein Erziehungskonzept vom Grundgedanken her, dass der Mensch ein Geschöpf Gottes ist und echte Erziehung daher auf der Grundlage der Bibel Erziehung zum Reiche Gottes sei. Solche Erziehung aber geschehe auf vielfältige Weise. «Jeder Ort, wo Menschen erzogen werden, ist eine Schule im allgemeinsten Sinne.»[760] «Menschenerziehungsanstalten» sind in dieser Weise neben der Schule auch «die Ehe, oder die häusliche Gesellschaft», der «Staat, oder die bürgerliche Gesellschaft» und «die Kirche, oder die kirchliche Gesellschaft»[761]. Die Schulen sind für Zeller eine Art Hilfsorganisation, um die Erziehung von Familie, Staat und Kirche zu ergänzen. Dabei unterscheidet er zwischen den Schulen, in welchen die Kinder nur einige Stunden am Tag unterrichtet werden und den Erziehungsanstalten, «worin die Jugend, ganz aus der häuslichen Pflege der Eltern herausgenommen, von Pflegeeltern und Erziehern, die nicht der Kinder angeborene Eltern sind, auf mehrere Jahre erzogen wird»[762]. Nach einem knappen Abriss der Geschichte der Erziehung unterscheidet Zeller aus der neuesten Zeit «das philanthropische System» durch Basedow, den Bewunderer Rousseaus, «das humanistische System» durch Ernesti und seine Schüler, «das Pestalozzische System» und «das eklektische System» durch Niemeyer in Halle[763]. Dabei sieht Zeller, dass durch die angeführten Schulsysteme viel Gutes erkannt und gewirkt worden sei. Hingegen sei man wieder hinter den Hallenser Pietisten August Hermann Francke zurückgefallen, welcher das wahre

Wesen der Erziehung erkannt habe, nämlich, «dass sie eine Erlösung von der Sünde ist, und eine Wiederherstellung zu dem Ebenbilde Gottes durch den Geist und das wiedergebärende Lebenswort seines eingeborenen Sohnes»[764]. Wahre Erziehung könne also nie absehen vom Ernstnehmen des in der Bibel festgehaltenen Willens Gottes.

Dabei hatte Zeller eine hohe Meinung von den Möglichkeiten und Notwendigkeiten eines weitgespannten Unterrichtes in der Schule. Die Schule war für ihn nicht nur eine Anstalt zur Vermittlung von Wissensstoff. Auch andere Fähigkeiten sollten geschult und gefördert werden, wie Einbildungskraft und Phantasie, Neugierde und Lernbegierde, Sprachvermögen und Kunstanlage[765]. Das ergebe ein weit gefächertes Unterrichtsangebot nicht nur von Wissens-, sondern auch von musischen Fächern. Dabei sollten die Kinder zum eigenen Beobachten und Denken angeleitet werden[766]. Da nun aber die meisten staatlichen Schulen ihrer wahren Aufgabe nicht mehr genügend gerecht würden, sei eine Verbesserung des Schulwesens dringend nötig, da schlechte Schulen ganze Staaten zugrunde richten könnten[767]. «Alle Schulverbesserung muss mit dem lebendigen Gott anfangen, mit Gott fortgehen, also im Glauben an sein Wort, im Vertrauen auf Seine Macht und Gnade, und im Namen Jesu Christi geschehen. Sonst wird sie tot geboren und wirkt den Tod.»[768]

Ganz der hohen und verantwortungsvollen Aufgabe der Erziehung entsprechend legte Zeller strenge Massstäbe an die Lehrer an. Ein Lehrer solle durch sein ganzes Verhalten einen lebendigen Anschauungsunterricht für ein Leben unter der Führung Gottes darstellen. Er habe sich nicht nur um die ihm anvertrauten Kinder zu kümmern, sondern solle auch im Interesse einer fundierten Ausbildung mit den Eltern der Kinder in persönlichen Kontakt treten[769]. Er sollte auch jede Möglichkeit zur Weiterbildung für sein Amt benützen[770]. Wenn der Lehrer sein Amt im Licht der ewigen Bestimmung des Menschen ernst nehme, sollte er «ein Christ sein»[771], dabei auch in seiner persönlichen Entwicklung Fortschritte machen. So könne er seiner Aufgabe eines erziehenden Unterrichtes immer besser nachkommen, der darin bestehe, in den Kindern die Lust und Liebe zum Lernen zu wecken, ihre von Gott geschenkten Anlagen zu entdecken und zu fördern[772].

Natürlich spielte für Zeller die Erziehung der Kinder zu Ordnung und Disziplin eine grosse Rolle, der Lehrer solle sie aber im «Geiste der Sanftmut und Liebe» ausüben und «mit einem guten Beispiele von strenger Ordnung und Ordnungsliebe seinen Kindern» selbst vorangehen[773]. Für einen sinnvollen Unterricht ist es wichtig, die Aufmerksamkeit der Kinder zu gewinnen und zu erhalten. Dazu dient ein vielseitiger, spannender, anschaulicher Unterricht[774], zu dem es einen entsprechenden Einsatz des Lehrers braucht. Einen wesentlichen Beitrag zur Erziehung der Kinder zur Gemeinschaftsfähigkeit und zu unverkrampftem christlichem Menschsein leisteten in Beuggen die vielen Feiern, zum Beispiel die grossen Jahresfeste und die Missionsfeste. Mit dieser Tradition knüpfte Zeller am Schulwesen August Hermann Franckes in Halle an, wo die Schüler durch Kontakte mit Missionaren und durch das Verlesen von Briefen und Berichten aus der Mission tief geprägt worden waren.

Trotz der unbestritten grossen Leistung Zellers in der praktischen Arbeit und in theoretischen Grundlagen einer neuen Pädagogik bleibt doch anzumerken, dass er an einem wichtigen Punkt sich nicht aus einer bezeichnenden Engführung damaligen Denkens lösen konnte. Auch für ihn hatte sich die Frau dem Mann zu unterziehen. Das begann schon bei der Ausbildung der Kinder. Alle Aufmerksamkeit galt den Knaben. Seine begabte und an weiterer Schulbildung interessierte Tochter Monika bekam auf diesbezügliche Wünsche von ihrem Vater zu hören: «Es ist mir lieber, wenn du den armen Kindern die Kleider flickst.»[775] Logische Folge dieser Zielvorstellung war, dass manche Frau sich mit duldendem Tragen und Schweigen abfinden musste.

5.3 Freiwillige Vereine für soziales Engagement

5.3.1 Die Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige[776]

1777 war auf Initiative des damaligen Ratsschreibers Isaak Iselin die «Gesellschaft zur Aufmunterung und Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel» (GGG) gegründet worden. Zwar war es kein direkt auf die Bibel zurückgeführtes Streben, sondern der aufklärerische Wunsch nach Ausbreitung wahrer Erkenntnisse und menschlicher Tugend als Grundlagen wahrer Glückseligkeit der Menschen[777]. Die Menschen sollten durch verbesserte Schulbildung für die Erlangung der Glückseligkeit als Endzweck menschlichen Strebens gebildet werden. Die Gesellschaft bemühte sich auf vielfache Art und Weise, die bestehenden Lücken im damaligen Schulsystem und im sozialen Netz auszufüllen, etwa durch Schulen für Arme, Kleinkinderschulen, Mädchenschulen, durch Einführung des Turnunterrichtes oder Förderung musikalischer Ausbildung. Man kümmerte sich um Gefangene und Strafentlassene, richtete Institutionen sozialer Fürsorge für Arme und Kranke ein. Auch um das soziale und sittliche Wohl der Fabrikbevölkerung kümmerte man sich, wozu 1843 eine Untersuchung durchgeführt wurde[778]. Man versuchte den Arbeitern bei ihrer Freizeitgestaltung hilfreich zur Seite zu stehen etwa durch Sonntagslesesäle und Bibliotheken. 1844 bildete sich eine besondere «Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse, welche die Errichtung von Arbeiter-, Kranken-, Witwen- und Beerdigungkassen» forderte. Die Gemeinnützige Gesellschaft war in vielen Aufgaben in verschiedener Weise engagiert. So ging von ihr während der Teuerung von 1845/46 eine Initiative aus, durch Kauf von Getreide die Preise stark zu senken und dieses so auch weniger bemittelten Klassen erschwinglich zu machen[779].

Ein wesentliches Verdienst kam der GGG zu in ihren Bemühungen um die Verbesserung der Wohnverhältnisse für die Arbeiterschaft. Die unhygienischen Verhältnisse, in denen die meisten Arbeiterfamilien damals leben mussten, führten immer wieder zu Seuchen. So wurde 1844 von der GGG aus eine «Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse» geschaffen, welche den Grund zu billigeren und gesünderen Wohnungen legte[780]. In dieser Kommission und in deren Aktivitäten spielte der fromme Unternehmer

und Ratsherr Carl Sarasin eine grosse Rolle. «Dank seiner Initiative beschliesst die Gemeinnützige Gesellschaft den Bau, um die einzelnen Häuschen den Fabrikinhabern zu Handen ihrer Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Später wirkt er durch ein Referat vor dem Gewerbeverein für die Idee der Arbeiterwohnungen; er fordert für diese, dass sie freistehend (also keine Massenkasernen), sonnig, gesund, bequem, auf bloss einem Boden stehend und wohlfeil seien.»[781]

5.3.2 Engagement für Griechenland und Palästina

5.3.2.1 Die beiden Vereine für Hilfe an die Griechen

Als sich die griechische Bevölkerung gegen die jahrhundertelange grausame Herrschaft der Türken auflehnte und der Aufstand zunächst blutig unterdrückt wurde, erfolgte in ganz Europa ein Aufschrei der Empörung. Eine grosse Griechenbegeisterung erfasste viele Leute. Junge Menschen meldeten sich freiwillig als Kämpfer oder als Ärzte auf das Schlachtfeld. Schliesslich wurden durch eine militärische Intervention der vereinigten Briten, Franzosen und Russen 1827 die Türken besiegt und die Freiheit Griechenlands erzwungen. Das Resultat des langen Freiheitskampfes der Griechen und der grausamen Reaktion der türkischen Herrscher war aber eine grosse Anzahl getöteter, gefangengenommener und als Sklaven verkaufter Griechen, sowie viele Witwen und Waisen.

Schon 1822 entstanden vielerorts Griechenvereine, so am 27. März 1822 auch in Basel. Als Zweck des Vereins wurde in der «Stiftungsurkunde und Verfassung des Baselischen Hülfsvereins für die Griechen» festgehalten: «durch Verwendung der eingehenden Geldbeiträge, das in seinen religiösen und bürgerlichen Rechten vom Erbfeinde des christlichen Glaubens hart bedrängte Griechenvolk, die ihm zu Hülfe ziehenden Streiter und Ärzte, so wie einzelne Verunglückte zu unterstützen»[782]. Der Verein stand unter der Leitung von Pfr. Friedrich Merian. Unter den rund 45 Namen der Mitglieder finden sich Leute wie der Jurist W. Snell, der Konrektor des Gymnasiums La Roche, Professor Alexandre Vinet und der Geschäftsmann Carl Sarasin. Die verschiedenen lokalen Griechenvereine waren zusammengeschlossen in einem Schweizerischen Griechenverein unter dem Vorsitz der Zürcher.

In einem Brief vom 16. April 1822 wandten sich Präsident Friedrich Merian und Dr. Wilhelm Snell an Bürgermeister und Rat der Stadt Basel mit einem Gesuch, Geld sammeln zu dürfen «zur Erleichterung der Noth des hart bedrängten Griechenvolks durch Unterstützung einzelner Verunglückten und einzelner ihrer zur Hülfe zuziehenden Krieger und Ärzte»[783]. In der «Rechenschaft über die Verwendung der zur Unterstützung der bedrängten Griechen in Basel eingegangenen Aktien und Gaben» vom 21. Februar 1823 werden unter anderem verschiedene militärische Massnahmen erwähnt, welche unterstützt worden seien, wie auch der Kauf von Munition.

Von völlig anderer Art war der am 29. Juni 1826 auf Anregung Spittlers gegründete «Verein zur sittlich-religiösen Einwirkung auf die Griechen». Für das Präsidium dieses Vereins konnte Spittler Professor de Wette gewinnen. Schon im Namen des Vereins kommt zum Ausdruck, dass man Kinder nicht nur zu ihrer Erziehung ins Waisenhaus aufnehmen, sondern durch sie in späteren Jahren auf ihre Landsleute einwirken wollte.

In einem Aufruf des Vereins vom 10. Juli 1826 heisst es: «Die allgemeine Theilnahme an dem Schicksale der Griechen hat sicherlich ihren Grund in dem gesunden, richtigen Gefühle, dass es sich bey ihrer Unterdrückung um die Vertilgung der letzten Reste christlich-europäischer Bildung in einem Volke handelt, welchem die europäische Menschheit Wissenschaft und Kunst verdankt, und welches selbst in der Geschichte der christlichen Kirche eine bedeutende Stelle einnimmt ... In jedem Falle sollten diejenigen, welche einen so löblichen Eifer für die Verbreitung des Evangeliums unter den Ungläubigen beweisen, ihre christliche Theilnahme auch diesem Volke zuwenden und den Versuch machen, ob das höhere religiöse Leben, das, Gott sey Dank!, unter uns herrscht, und das wir dem fleissigen Gebrauche der heiligen Schrift verdanken, auf irgend eine Weise unter ihm erweckt werden könne.»[784] Der neue Verein habe sich nun «die Erweckung des wahren, in Glauben und Liebe lebendigen Christenthums und die Verbreitung der evangelischen Wahrheit mittelst der heiligen Schrift unter den Griechen zum Zweck gesetzt und will damit anfangen, zwey junge eifrige Männer, welche sich bisher in der hiesigen Missions-Schule zum Missionswerke vorbereitet haben, und die uns die löbliche Committe der evangelischen Missions-Gesellschaft hieselbst mit brüderlicher Bereitwilligkeit überlassen will, dahin zu senden mit dem Auftrage, den sittlich religiösen Zustand dieses Volkes kennen zu lernen und die Mittel zu erforschen, wie der lebendige Geist des Christenthums am Zweckmässigsten in demselben geweckt und gefördert werden könne, und also zu sehen, was sich für die Verbreitung und den fruchtbaren Gebrauch der heiligen Schrift, für die Belebung der Andacht und vorzüglich auch für die Erziehung der Jugend daselbst wirken lasse.»[785]

In den Berichten wurde öfters von der Verrohung des Volkes durch die langen kriegerischen Auseinandersetzungen gesprochen, der man begegnen müsse, um einen Neuanfang dieses Volkes auch in geistiger und sittlicher Hinsicht zu ermöglichen. Während des Aufstandes, der von 1821 bis 1829 dauerte, wurden viele Kinder entweder zu Waisen, die sich allein durchschlagen mussten, oder sie wurden als Sklaven verkauft. Der Verein legte es unter anderem darauf an, solche Sklavenkinder loszukaufen, denen man dann neben den Waisen, die man teilweise auf der Strasse aufgelesen hatte, eine christliche Erziehung in Beuggen ermöglichen wollte. Am 31. März 1827 wurden die ersten sechs griechischen Kinder in Beuggen empfangen. Da man immer mehr Kinder aufnahm und das Schulprogramm immer mehr ausgedehnt wurde, plante man, die «Griechenanstalt» von Beuggen weg nach Riehen zu verlegen, wo Spittler ein Gut kaufen konnte, für dessen Erwerb er allerdings das Fälkli als finanzielle Garantie einsetzen musste. Am 23. Mai 1829 wurde die Genehmigung von Bürgermeister und Rat des Kantons Basel erteilt[786].

Mit der Zeit scheinen aber Interesse und Unterstützung stark abgenommen zu haben. 1832 musste das Werk aufgegeben werden. Die verbliebenen Kinder wurden in Korntal[787] aufgenommen. Die angespannte Finanzlage führte am 15. November 1832 zu einem Gesuch von Rektor La Roche an «Herrn Postmeister Bernoulli», bis Schaffhausen die Reisekosten für diese Griechenjungen so niedrig wie möglich anzusetzen[788].

5.3.2.2 Das Brüderhaus in Jerusalem

Wie bei vielen Pietisten im 19. Jahrhundert war auch Christian Friedrich Spittlers Interesse vom Geschehen im Heiligen Land angezogen worden. Palästina war durch die politischen Ereignisse seit Beginn des Jahrhunderts neu ins Blickfeld der Europäer gerückt[789]. Noch wichtiger aber war die durch das Reich-Gottes-Verständnis neuerwachte Liebe zu Jerusalem und der Wunsch, etwas für den Wiederaufbau der während der Herrschaft der Türken schlimm vernachlässigten und heruntergekommenen Gegend zu tun. Johannes Frutiger, einer der von Spittler nach Jerusalem gesandten Brüder, erinnerte sich später, dass Spittlers Wort auf ihn Eindruck gemacht habe, «dass neben der in Jerusalem schon begonnenen direkten Missionsarbeit auch eine mehr indirekte mit ersterer Hand in Hand gehen müsste, um dadurch dem Volk auch Gelegenheit zu geben, zu sehen, wie protestantische Christen nicht bloss predigen, sondern auch Handel und Gewerbe treiben im Gegensatz zu der meistens ungewissenhaften Routine der Levantiner»[790].

Die Hoffnung, zum Wiederaufbau Palästinas durch Handwerker, aber auch mit Schulen und Spitälern beitragen zu können, beschäftigte Spittler über Jahre hinweg, auch dann, als ihm vom Komitee der Basler Mission im Blick auf Missionsarbeiten im Ausland ein Riegel geschoben worden war. Schon 1846 erreichten die ersten nach Jerusalem ausgesandten Pilgermissionare, Ferdinand Palmer und Conrad Schick, ihren Bestimmungsort. Bald konnte der Grund für das spätere Brüderhaus gelegt werden. Hier wurde in aller Bescheidenheit eine Arbeit angefangen, welche mit anderen Unternehmungen, vor allem britischer Missionstätigkeit, ihre Wirkung auf die einheimische Bevölkerung nicht verfehlte. So wurden von Moslems und Juden Gegenmassnahmen ergriffen. Gobat schrieb am 6. November 1854: «Die Juden schienen letztes Frühjahr einige Zeit durch die Liebesbeweise der Christen sehr ergriffen zu sein, und ihre Vorurteile schienen zu weichen. Da ergriff die Juden in Europa Furcht vor den möglichen Folgen christlicher Liebe, und sie sammelten grosse Summen Geldes, welche teilweise zur sofortigen Hilfe unter die Armen verteilt werden sollten. Der grösste Teil jedoch dieser Summen war bestimmt, unseren Instituten ähnliche Anstalten zu errichten, um auf diese Weise die Bande abzuschneiden, welche in einem gewissen Sinn eine grosse Anzahl Juden mit unserer Mission verbinden.»[791]

Jerusalem war so etwas wie ein Lieblingskind Spittlers. Es sollte sich allerdings rächen, dass er seine oft hochfliegenden Pläne für Palästina aus der Ferne, ohne genü-

gende Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten, entwarf. So scheiterten nicht nur weitergehende Pläne für Schulen und eine Kolonie in der Nähe des Karmel; auch das Brüderhaus, das einige Zeit als Stützpunkt für die Missionare der Apostelstrasse gedient hatte, musste nach einigen Jahren geschlossen werden[792]. In seinen Reisebeschreibungen schilderte Pfarrer E.W. Schulz aus Mülheim an der Ruhr die Situation im Rückblick folgendermassen:

Das Brüderhaus «ist durch den frommen Vater Spittler in Basel gegründet, in der Absicht, dass christliche, unverheiratete Männer darin wohnen, sich selbst durch Handarbeit nähren, vorzüglich durch ihren Wandel das Evangelium predigen, Kinder erziehen, Kranke pflegen und Pilger beherbergen sollten. Die leitende Idee war vortrefflich, aber sie liess sich in Jerusalem und unter den dortigen Verhältnissen, auf diese Weise praktisch nicht durchführen. Gleich anfangs traten allerlei störende Umstände ein. Einer der Brüder ... war ein versteckter Rationalist, täuschte Spittler, gab Ärgernis und kehrte in sein Vaterland zurück. Die anderen vier: Müller, Palmer, Schick und Baldensperger, haben sich bewährt und sind liebe, christlich vortreffliche Männer. Aber sie wurden beim Beginn dieser Anstalt alle krank und kamen dadurch in ein grosses Gedränge. Zudem lässt sich eine Haushaltung im Morgenlande ohne eine tüchtige Hausfrau gar nicht führen. An der Spitze musste jedenfalls ein Hausvater mit einer qualifizierten Frau stehen. Es war davon die Rede, Diakonissinnen zugleich im Hause anzustellen, was ein höchst unpassender und verkehrter Plan war, der auch nicht zur Ausführung gekommen ist. So wurde mir in Jerusalem erzählt; aber mit dem ausdrücklichen Bemerken, dass der liebe Vater Spittler an einen solchen Plan auch nicht im entferntesten gedacht habe.

Zwischen Spittler und diesen Männern entstanden Missverständnisse und Konflikte, welche auf dem schwierigen und lange dauernden Wege der brieflichen Erörterung sich nicht recht beheben wollten. So löste sich dann dieses Institut fast ganz auf ... Früher wurden fünfzehn Knaben in der Anstalt erzogen, Müller hat jetzt nur noch zwei. Er treibt das Uhrmacher-Handwerk, beherbergt zu Zeiten einen christlichen Pilger, besitzt Vertrauen auch bei den Muhammedanern und lässt sein Licht leuchten unter den Arabern, dass sie seine guten Werke sehen.»[793]

5.3.2.3 Das Syrische Waisenhaus in Jerusalem

1860 kam es durch fanatisierte Moslems in Syrien und im Libanon zu grausamen Christenverfolgungen. Der Leiter des Brüderhauses, Johann Ludwig Schneller, nahm etwa dreissig verwaiste Kinder aus Tyrus und Sidon zu sich nach Jerusalem und legte so im November 1860 den Grundstein zum Syrischen Waisenhaus. Ein Komitee zur Unterstützung dieses Werkes wurde in Basel gegründet. Während Theodor Fliedner und seine Kaiserswerther Diakonissen sich besonders der weiblichen Jugend annahmen, sollte das Syrische Waisenhaus vor allem für Knaben geführt werden. In einem von Spittler, Dekan Ledderhose und Kaplan Schlienz unterzeichneten Aufruf vom Oktober 1860

heisst es: «Bereits befindet sich in Jerusalem ein tüchtiger Hausvater, Schneller, welcher in der Nähe der Stadt ein Haus und einen Garten besitzt. In jeder Beziehung ist er dazu geeignet, solche Waisenknaben im rechten Geiste zu erziehen, so dass sie, wenn Gott seinen Segen dazu gibt, ihren Landsleuten dereinst zum Heile dienen können.» Dabei bezog man sich auch auf das Jesuswort: «Wer ein solches Kind aufnimmt in meinem Namen, der nimmt mich auf.» Man bitte daher alle, denen daran gelegen sei, dass die zweite Bitte des Gebetes Jesu, «Dein Reich komme!» in Erfüllung gehe, diese Sache zu unterstützen.

Das Waisenhaus wurde verstanden als «ein Gotteshaus, weil Kinder eine Gabe Gottes sind, Ps. 127, 3. und Er der rechte Vater ist über alles, was da Kinder heisset im Himmel und auf Erden, Eph. 3, 15. und der Vater der Waisen; weil sich alle seine Bewohner als sein, mit dem theuren Blute Jesu Christi erkauftes Eigenthum für verpflichtet erkennen, nicht der Menschen Lüsten, noch sich selbst zu leben und zu dienen, sondern dem, der für sie gestorben und auferstanden ist; weil sie das Werk an den Kindern dem HErrn thun, Matth. 25, 40. – Marc. 9, 37.»[794]

Dieses Unternehmen sollte auch Ausdruck der Dankbarkeit Gott gegenüber sein für erlebte eigene Bewahrung vor Kriegsgeschehen. «Hier war uns Gelegenheit geboten, in evangelischer Weise zu helfen»[795]. Die Kinder sollten hier gemäss § 1 der Statuten «zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft und zu wackeren Gliedern der Kirche Jesu Christi unseres HErrn erzogen und gebildet werden»[796]. Grundlage sollte der evangelische Glaube nach der Heiligen Schrift sein. Der Hausvater sei nach altem Brauch auch Hauspriester, der die Aufgabe habe, die Hausgottesdienste zu leiten. Die Andachten wurden abwechselnd in deutscher und arabischer Sprache gehalten[797].

Zunächst sah man die Aufgabe in der schulischen Bildung, welche mit dem 14. Altersjahr abgeschlossen sein sollte. Dieser Abschnitt schloss «wo immer möglich, mit dem kirchlichen Akt der Konfirmation, bei solchen Kindern, die in ihrer Jugend getauft worden; oder mit der Taufe bei nicht christlichen Kindern». Daran konnte sich eine weitere Zeit der Ausbildung zu einem Handwerk anschliessen.

5.3.3 Hilfsgesuche

In den Kirchen-Akten wird an «Unterstützung auswärtiger Gemeinden» zwischen 1602 und 1938 mit Schwerpunkt im 19. Jahrhundert eine Reihe von gegen 30 Empfängern von Unterstützungsbeiträgen angeführt von schweizerischen Gemeinden bis nach Russland und Amerika, meist reformierte oder Waldenser-Gemeinden in der katholischen Diaspora[798]. 1842 wurde in Basel der erste kantonale Protestantisch-kirchliche Hilfsverein gegründet[799]. Nach der Gründung weiterer kantonaler Zweigvereine und des schweizerischen Vereins wurde Basel zum «Vorverein» bestimmt. Erste Patronatsgemeinde wurde für Basel die reformierte Kirchgemeinde Olten, später waren es vor allem Gemeinden im Tessin, welche von Basel aus unterstützt wurden. Der Baselbieter Hilfsverein entstand 1846[800].

5.3.4 Weitere Spittlerwerke

5.3.4.1 Das Diakonissenhaus Riehen

Zu Beginn der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts sah es mit der medizinischen Versorgung in Basel noch nicht sehr gut aus. Die beiden bestehenden Spitäler waren viel zu klein. In den Sälen lebten zu viele Personen auf engem Raum zusammengedrängt. Kranke mit ansteckenden Krankheiten konnten von den anderen nicht isoliert werden. Sanitäre Anlagen und die Zufuhr frischer Luft liessen zu wünschen übrig. In einem Bericht über die Jahre 1851 bis 1860 schrieb Professor Brenner, seit 1832 Arzt im Spital: «Die allerschlechteste Abteilung des Spitals, ein Teil des ehemaligen Barfüsserklosters, ‹Almosen› genannt, wurde zur Unterbringung Geisteskranker, ekelhafter und unreinlicher Kranker und verkommener Subjekte benutzt. Da waren zwei grosse Säle in Blockhäuser abgeteilt, mit schweren eisernen Riegeln und Vorlegschlössern versehen, innen mit Ketten ausgerüstet. Da wurden die aufgeregten Irren eingeschlossen, während die stillen Irren gemeinschaftliche Zimmer mit Krebskranken und an Fallsucht Leidenden bewohnten. Ausser in den Schlafzimmern war keine Trennung der Geschlechter ausführbar. Männer und Weiber, Alt und Jung, teilten einen Hof mit Hühnern und sonstigem Geflügel. Ein Hausmeister hielt nach Belieben einige Hausordnung mit Ochsenziemer, mit Anlegen von Ketten und einem schweren hölzernen Blocke an eiserner Kette an die Füsse. Mittel der Zerstreuung, Erheiterung und angemessene Beschäftigung fehlten durchaus; ein Garten, selbst ein genügender freundlicher Raum fehlte gänzlich.»[801]

1836 wurde schliesslich ein Neubau beschlossen, der 1842 eingeweiht und bezogen werden konnte. Ein grosses Problem blieb aber die Rekrutierung von ausgebildetem Pflegepersonal, vor allem von Leuten, welche sich aus christlichem Verantwortungsbewusstsein heraus einem manchmal unangenehmen und strengen Dienst unterziehen wollten. So wurde von Rektor La Roche und den Pfarrern Huber-Schnell und A. Sarasin ein «Verein für Ausbildung von Krankenpflegepersonal» gegründet, welcher vor allem willige junge Frauen nach Ludwigsburg in eine entsprechende Ausbildung schickte[802]. 1842 hielt Pfarrer Fliedner, der Gründer und Leiter des Kaiserswerther Diakonissen-Mutterhauses, im Fälkli einen Vortrag für junge Frauen, worin er für die grosse und wichtige Aufgabe der Diakonie warb[803]. Spontan meldeten sich 17 Frauen, die nach Kaiserswerth geschickt wurden. Der Ruf nach einer besseren medizinischen Betreuung in Basel wurde immer lauter, die ausgebildeten Frauen aber konnten zum grossen Teil wegen Verheiratung nicht eingesetzt werden. So regte Spittler die Gründung eines eigenen Diakonissen-Mutterhauses in Riehen an, wofür ein Gebäude gekauft werden konnte und Spittler in der Person des jungen Arztes Martin Burckhardt einen geeigneten Mann fand. Die längere Suche nach einer Oberschwester war schliesslich von Erfolg gekrönt, als Trinette Bindschedler aus der Gegend von Lörrach dazu gewonnen werden konnte. Sie habe schon bei der Begegnung mit Fliedner einen Wunsch nach einem solchen Dienst gespürt[804].

So konnte das Werk schnell voranschreiten. Als Ziel der neuen «Diakonissen-Anstalt» wurde in einem 1852 gedruckten Statuten-Entwurf formuliert, «Diakonissen, d.h. Dienerinnen Jesu Christi in Werken der barmherzigen Liebe zu bilden»[805]. «Evangelische Diakonissen ... suchen in ihrem Berufe nicht ihr eigenes Verdienst, sondern eine Gelegenheit, sich Dem dankbar zu erweisen, der sie erlöset hat.» Im Blick auf die Aufnahme wurden die Bewerberinnen dringend gebeten, «sich gründlich vor dem Herrn zu prüfen, ob die Beweggründe zu ihrem Vorhaben frei von unlautern Nebenabsichten sind». Über die Bereitschaft zum Dienst in der Krankenpflege hinaus wurden die Schwestern «noch ganz besonders zum treuen Dienst in der Nachfolge Christi verpflichtet».

Zwar gaben die Diakonissen mit ihrem Eintritt viel persönliche Freiheit auf, um zu diesem Dienst rückhaltlos zur Verfügung zu stehen. Dafür aber sorgte die Anstalt für sie auch in Krankheitsfällen und im Alter.

1852 konnte die Einweihungsfeier stattfinden[806]. Bewusst begann man am Anfang in kleinem Stil mit 4 Schwestern, 6 erwachsenen Patienten und 6 kranken Kindern[807]. In den nächsten Jahren wuchs aber das Werk immer mehr, und es kamen neue Aufgaben hinzu mit Übernahme des Kinderspitals, des «Irrenhauses» und der Betreuung weiblicher Strafgefangener[808].

Die Tatsache, dass zunächst der Hausvater, Pfr. Hoch, und nach seiner Pensionierung die Oberschwester täglich eine Andacht mit den Schwestern hielt, brachte die klare Zielvorstellung zum Ausdruck, diesen Einsatz als Dienst in der Nachfolge Christi zu verstehen.

5.3.4.2 Die Pilgerhütte Mayenbühl

Ende 1855 kaufte Spittler das Gut «Mayenbühl», «das eine halbe Stunde von St. Chrischona entfernt» gelegen war und richtete darin eine «Freiwillige Zwangsarbeits-Anstalt zur Pilgerhütte» ein als eine «Rettungs- und Besserungsanstalt für verirrte Jünglinge und Männer, die selbst das Bedürfnis fühlten, wieder auf den rechten Weg zu gelangen»[809].

In der Pilgerhütte wollte man «für Jünglinge und Männer» eine Zufluchtsstätte bieten, «wohin sie sich aus mancherlei schwierigen oder verfehlten Lebensverhältnissen zurückziehen können, um den Segen eines geregelten Familien- und Anstaltslebens zu geniessen»[810].

Getreu dem Zweck, «dem Heiland ... einige Seelen durch Seinen Beistand zu gewinnen, die durch die innerliche Zucht des heil. Geistes ... sowie durch den äusserlichen Antrieb eines geregelten Arbeits- und Haushaltslebens tüchtig werden möchten, in Geduld und guten Werke zu trachten nach dem ewigen Leben»[811], war das ganze Leben in einen gottesdienstlichen Rahmen eingepasst. Nach Morgen-, Mittag- und Nachtessen waren Lesungen aus der Bibel und aus Gossners Schatzkästlein vorgesehen mit

Erklärungen des Hausvaters, dazu jeden Sonntag der gemeinsame Kirchgang in die reformierte Dorfkirche in Riehen. Zudem fand am Sonntag auch am Nachmittag und Abend «eine Erbauungsstunde im Hause Statt, welcher alle Anwesenden beizuwohnen haben»[812].

5.3.4.3 Die Taubstummenanstalt

1833 erschien eine «Anzeige über die Taubstummen-Anstalt in Beuggen». Darin berichtet der Kandidat der Theologie C.J.F. Klemm, der erste Leiter dieses von Spittler angeregten Werkes, dass seit Mai 1833 in Beuggen eine «Anstalt ... zur Erziehung und zu dem Unterrichte taubstummer Kinder» bestehe, welche durch das Komitee der «freywilligen Armen-Schullehrer-Anstalt» ins Leben gerufen worden sei[813]. In dieser Anzeige wird die bewusste Verwurzelung des Werkes in biblischen Vorstellungen mehrfach hervorgehoben. Wer im Glauben an Christus als Erlöser den Frieden des Herzens gefunden habe, werde den ewigen Wert jeder Menschenseele erkennen. «Darum hat auch zu allen Zeiten und an allen Orten, wo das grosse Wort von der Gnade Gottes in Christo Menschenherzen ergriffen hat, sich der Trieb und das Bedürfniss eingestellt, Liebe zu äussern, den Brüdern in Liebe zu dienen und zu demselben Leben, dessen man selbst theilhaftig geworden, zu helfen. – Aus diesem Triebe und Bedürfnisse sind alle die Anstalten der Liebe hervorgegangen, welche das Christenthum zu allen Zeiten so wesentlich ausgezeichnet haben vor allem, auch dem gebildetsten Heidenthum.»[814] Diese Liebe solle auch den Umgang und die Erziehung der Taubstummen für das Reich Gottes bestimmen. «Zur Erreichung des genannten Haupt-Zweckes aber wird die heilige Schrift als das einige Mittel benutzt, und zwar so, dass aus ihr ebensowohl die Methode der Erziehung und des Unterrichts, als auch der wesentlichste Inhalt des Unterrichts, der Kern des Unterrichts» entnommen werden sollten. «Denn die heilige Schrift hat allein die Wahrheit, sie allein giebt namentlich den richtigen Aufschluss über das Wesen des Menschen und dessen Organism nach Geist, Seele und Leib. Darum können aus ihr die wahren Grundsätze der Erziehung und des Unterrichts allein genommen werden.»[815] Dieses Prinzip solle somit auch Hausordnung und Lehrplan bestimmen.

Lange Zeit waren die Taubstummen in der Betreuung so gut wie vergessen worden, da man glaubte, sie seien stumpf und nicht bildungsfähig. Auf Anregung Spittlers wurde 1833 der Anstalt Beuggen eine Taubstummenschule angegliedert, welche 1838 in den «Pilgerhof» nach Riehen übersiedelte[816]. Anlässlich der Jahresfeier vom 5. Juni 1843 wies Professor Hagenbach als Vertreter der GGG darauf hin, dass seine Organisation dieser Aufgabe schon lange ihre Aufmerksamkeit gewidmet habe, ohne allerdings praktische Massnahmen unternehmen zu können. Umso mehr freue er sich, dass man die hier geleistete Arbeit unterstützen könne[817]. Auf den Vorsteher Pfarrer Jakob von Brunn folgte der Pädagoge Wilhelm Daniel Arnold als Inspektor, der sich sehr darüber freute, als 1858 dieser Taubstummenschule auch eine «Bildungsanstalt für schon erwachsene

Taubstumme» angegliedert werden konnte. «Fast alle bestehenden Erziehungsanstalten für Taubstumme haben sie ignorirt und bisher ihrem traurigen Schicksal überlassen ... Mit Feldbau könnten solche Jünglinge am besten beschäftigt werden». Dazu solle auch ein nötiges Minimum an Schulbildung in «Religion, Lesen, Schreiben und Rechnen» erfolgen. «Jeder Unterrichtsgegenstand wird durch Mimik und Schrift gelehrt.»[818]

5.3.4.4 Das Asyl für konvertierte Katholiken

«Da seit geraumer Zeit viele Übertritte römisch-katholischer Priester besonders in Östreich und Bayern stattfinden und noch mehr in Aussicht stehen, so sind christliche Freunde in Deutschland und in der Schweiz zu der Überzeugung gekommen, dass etwas Geordnetes müsse gethan werden, um auf eine zweckmässige Weise für diese Convertiten zu sorgen.»[819]. Spittler hatte sich deshalb bereits im Juli 1857 an den Präsidenten der weltweiten Evangelischen Allianz, Sir Culling Eardley, gewandt, und ihn um finanzielle Hilfe gebeten[820]. Dieses Anliegen wurde auf der Weltversammlung der Allianz von 1857 in Berlin diskutiert und positiv aufgenommen. Es wurde die Bildung verschiedener lokaler Vereine zur Förderung angeregt. Neben St. Chrischona bei Basel wurden auch mögliche Standorte in Deutschland vorgeschlagen. Für Basel bildete sich ein Komitee mit Pfr. Le Grand, C.F. Spittler und Kaplan Schlienz. Spittler wurde zu Verhandlungen mit der Basler Regierung ermächtigt[821].

Die Aufgabe bot aber unerwartete Schwierigkeiten. So kam diese Unternehmung bereits 1863 wieder zum Erliegen. Zwar wurden «seit dem Bestehen unseres Vereins ... im Ganzen 16 Priester und 5 junge Leute, darunter 4 Studierende», dazu mehrere durchreisende katholische Priester betreut. Die Betreuung sei aber zu aufwendig, denn «der katholische Priester will, so zu sagen, an der Hand geführt sein, bedarf es doch bei den Meisten der Umwandlung des Lebens mit Heranbildung zu neuer nützlicher Thätigkeit». Dazu seien auch die finanziellen Mittel nicht mehr vorhanden. Das Anliegen selber aber dürfe nicht begraben werden. «Die Zeiten sind darnach angethan, dass die evangelische Christenheit aus ihrem Schlummer dem Katholizismus gegenüber erwachen muss sowohl zur Erkenntniss dessen, was ihr frommt, als der Pflichten, die sie gegen Wahrheit suchende Katholiken hat»[822]. Das waren andere Töne als noch in den 20er Jahren, als eine lebhafte Zusammenarbeit zwischen Spittler und den Vertretern der Allgäuer Erweckung herrschte, bei der man sich gegenseitig als Nachfolger des selben Herrn erlebte. Aber dazwischen lagen die schweren Kämpfe der ultramontanen Kurie gegen alle evangelischen Aufbrüche in der katholischen Kirche. So wurde aus gemeinsamer Planung, wie man die Bibel auch in katholischen Gegenden gemeinsam unter die Leute bringen könne, eine konfessionell gefärbte Mission in katholischen Gebieten, gefolgt von sozialer Tätigkeit für Konvertiten.

5.3.4.5 Kleinkinderschule und Kinderspital

Da eine geordnete Betreuung von Kindern im Vorschulalter oder in Krankheitsfällen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur ganz vereinzelt und auf private Initiative hin geschah, sah Spittler auch hier ein weites Arbeitsfeld vor sich, auf dem er Impulse gab oder vorhandene Impulse aufnahm. 1840 entstand in Riehen eine Kleinkinderschule[823], die im «Pilgerhof», in der «Taubstummenanstalt» untergebracht wurde.

Spittler wurde auch zugezogen, um ein kleines Kinderspital zu planen. Frau Elisabeth Burckhardt-Vischer hatte eine Stiftung errichtet, welche diesen Plan ermöglichte. Zunächst wurde diese neue Institution 1846 in einem leerstehenden Haus der Frau Burckhardt in der St.-Johann-Vorstadt eingerichtet. Neben zwei vollamtlichen Angestellten konnten viele freiwillige Hilfskräfte gewonnen werden. So wurde zum Beispiel auch Religionsunterricht durch Studierende des Missionshauses erteilt. Am 2. Januar 1862 konnte ein Neubau für das Kinderspital auf dem rechten Rheinufer eingeweiht werden[824]. Und schliesslich entstand 1850 nicht weit von der Pilgermission St. Chrischona entfernt, in Bettingen, eine «Kleinkinderbewahranstalt», ein Kindergarten[825].

5.3.4.6 Fürsorge für alleinstehende Frauen

Im Frühjahr 1858 gründete Spittler die «Mägdeherberge an der Schorenbrücke» in Klein-Basel zur Beherbergung weiblicher Dienstboten, die entweder von auswärts gekommen waren, um sich einen Dienst zu suchen, oder die schon in Basel gedient hatten, aber zur Zeit ohne Stelle waren; die erste Kommission bestand aus dem Präsidenten Pfarrer Albert Barth, dem Kassier Kaufmann Wilhelm Ryhiner-Heusler und dem Schreiber Pfarrer Samuel Barth. 1875 wurde die Anstalt in ein stattliches Gebäude am Peterskirchplatz in Gross-Basel verlegt, «Marthastift» genannt, und zu einem Heim für betagte Mägde, alleinstehende Witwen und ältere Jungfrauen erweitert; 1951 erfolgte schliesslich die Verschmelzung mit einer andern Stiftung gleicher Bestimmung zu der unter der Oberaufsicht der Diakonissenanstalt in Riehen stehenden Stiftung «Marthastift und Emilienheim»[826].

5.4 Kritischer Rückblick

5.4.1 Die Herausforderung durch die Soziale Frage

Ganz Europa war noch bis tief ins 19. Jahrhundert hinein von einem mit der Industrialisierung zusammenhängenden Kapitalismus geprägt. Auch Basel konnte sich dem nicht entziehen, wenngleich hier die staatliche Fürsorge schon ausgeprägter war als anderswo und vom «Ratsherrenregiment» über weite Strecken, wenn auch patriarcha-

lisch geprägt, die Fürsorge vieler Unternehmer für die Arbeiter schon weiter fortgeschritten war. Die Verantwortlichkeit staatlicher Organe für die Bevölkerung wurde in Basel schon relativ früh wahrgenommen[827]. «Und dies Prinzip obrigkeitlicher Fürsorge für die ganze Einwohnerschaft ist es, das hier in Basel nie vergessen worden ist und bis in unser Jahrhundert hinein fortgewirkt hat. Das hängt eben damit zusammen, dass Basel in allem Wechsel der Zeiten doch im Wesentlichen stets einen Stadtstaat dargestellt hat, wo also der Zusammenhang zwischen Individuum und Gesamtheit immer gewahrt bleibt, die Wechselwirkung zwischen dem gemeinen Besten und des Individuums Wohl und Wehe ganz unverkennbar in Aller Gesichtskreis tritt.»[828] So sahen es verschiedene Basler Unternehmer als Gewissenspflicht an, mit ihrem Geld der Gesamtheit des Volkes zu dienen. Zwar konnten sie im Blick auf den Umgang mit Geld genau planen. Aber sie wurden nicht zu Leuten, denen die Geldgier den Blick auf den Mitmenschen nimmt[829].

Natürlich blieb auch in Basel noch vieles zu tun, wie etwa die Einführung von Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Aber viel auf dem Weg zu einer gerechteren Sozialgesetzgebung war bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts erreicht. Vor allem auf dem Gebiet des Unterrichtswesens war damals Basel besonders fortschrittlich[830]. Alles in allem hatte die Basler staatliche Sozialpolitik «vieles Wichtige zur Erhöhung von Kultur und Zivilisation der unteren Klasse gethan»[831].

Noch bis weit ins 19. Jahrhundert hinein wurde Sozialpolitik vor allem als soziale Hilfeleistung in Notfällen betrieben und deshalb als spezifische Aufgabe der Kirche verstanden. Mit den durch die Industrialisierung geschaffenen neuen Verhältnissen aber wurde immer deutlicher, dass nicht mehr nur Hilfe im Sinne der Almosenverteilung geleistet werden konnte, sondern dass im Sinne sozialer Gerechtigkeit entsprechende Gesetze geschaffen und deren Einhaltung durch staatliche Organe überwacht werden sollten. Nach wie vor aber blieb für kirchliche und private Sozialtätigkeit ein weites Betätigungsfeld offen.

5.4.2 Kritische Stimmen aus dem Arbeiterstand

1868 und 1869 erschien die Wochenzeitung «Der Arbeiter» als «Organ der Internationalen Arbeiter-Association von Basel-Stadt und Land». Mit diesem Blatt sollte durch kritische Darstellung der gegenwärtigen Situation und Mitteilungen über den internationalen Einsatz für die Rechte der Arbeiter das politische und soziale Bewusstsein geweckt werden. Für die Arbeiterschaft wie auch für die übrige Bevölkerung sei die Information über die wirklichen Probleme der Arbeiterschaft wichtig. Obwohl theoretisch politische Freiheit existiere, werde sie in der Praxis den Arbeitern vorenthalten[832]. Das Gleiche gelte für die unterschiedlichen Möglichkeiten der Schulbildung. Es sei daher nötig, den Kampf um gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsschichten zu führen. Denn «ohne Gleichheit in der Erziehung sämmtlicher Staatsbürger ist die politische Freiheit eine Lüge und die Demokratie eine gefährliche

Chimäre». Im Blick auf die liberalen Wirtschaftsgrundsätze englischer Nationalökonomen wird immer wieder bedauert, dass der Arbeiter verdinglicht, die Arbeitskraft zu einer blossen Ware gemacht und das Wohl des Arbeiters und seiner Familie völlig vernachlässigt werde. Das heutige Industriesystem sei genau betrachtet nichts anderes als das mittelalterliche Faustrecht. «Die gelehrten Herren Nationalökonomen gehen in ihrem Wahnwitze sogar so weit, dass sie allen, welche nicht bestimmte und sichere Mittel zum Lebensunterhalt haben, das Recht geboren zu werden und zu leben überhaupt absprechen».

Zwar wird durchaus anerkannt, dass die Lage in der Schweiz nicht so dramatisch sei wie anderswo. Hier gebe es noch eine ganze Reihe von wohlmeinenden Arbeitgebern, denen das Wohl ihrer Arbeiter durchaus am Herzen liege. Aber das soziale Klima habe sich in den letzten Jahrzehnten auch hier verschlechtert. Wenn noch in den 20er und 30er Jahren ein Patron seinen Stolz darein gesetzt habe, die Arbeiter zu unterstützen und selbst in Krankheit und Alter ihnen beizustehen, gebe es heute nicht mehr viele so sozial denkende Unternehmer, aber das englisch beeinflusste System werde auch hierzulande härter. Auch hier werde der Arbeiter nicht mehr als Mensch gesehen, sondern nur als Rädchen im System, das so viel und so billig als möglich Waren produzieren solle.

Da frage man sich doch, «wie und warum sich ein solches System neben dem Christenthum, neben der allgemein humanen Zeitrichtung unseres Jahrhunderts ausbreiten und befestigen konnte»[833]. Dabei wird durchaus nicht das bestehende System grundsätzlich in Frage gestellt. «Wir wollen nicht Kommunisten sein, denn wir wissen, dass es heisst: ‹Reiche und Arme müssen sein›; aber nicht Verschwender und Bettler. Wir wollen nicht das Eigenthum Anderer; sondern nur das Unsrige»[834]. Wie weithin auch bei den Frühsozialisten konnte man durchaus biblisch argumentieren. Selbst wo kritische Stimmen gegen das bürgerliche Christentum erklangen, wollte man nicht das Christentum als solches abschaffen, sondern konnte sich zum guten Menschen Jesus bekennen. So wurde im «Arbeiter» auch unter Beziehung auf die Bibel die Sonntagsarbeit angefochten. In 2. Mose 20, 9.10 sei ja zu lesen, dass man sein Werk an sechs Tagen tun, am siebenten aber ruhen solle. Manchmal aber habe man den Eindruck, die Mächtigen dieser Erde legten dieses Gebot so aus: «Sechs Tage sollst du für mich arbeiten, was du am Sonntag treibst, geht mich nichts an»[835]. Wenn man aber wirklich dem Gebot Gottes nachkommen wolle, müsste man auch dafür sorgen, dass eine Familie so viel Verdienst erhalte, dass die Frauen zuhause bleiben könnten, um für die Erziehung der Kinder und die Einhaltung von Ordnung und Reinlichkeit arbeiten zu können. Aber viele Frauen seien die ganze Woche hindurch in der Fabrik so beschäftigt, dass ihnen nur der Sonntag bleibe, um den Haushalt einigermassen in Ordnung halten zu können.

In den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts liess sich F. Stolz[836], «ein Arbeiter, wohl aus dem niedersten Stande, ganz ungelehrt und ohne Ansehen in dieser Welt»[837], in verschiedenen Vorträgen und Schriften kritisch zur Arbeiterfrage vernehmen. Seine Gedanken erschienen zunächst in der erwähnten Wochenzeitung «Der Arbeiter», fanden aber dann in Form von Broschüren weitere Verbreitung. Dabei gab er sich zu erkennen

als Mann, welcher zwar der offiziellen Kirche und ihren Vertretern gegenüber kritisch eingestellt war, sich aber dem Sinn des Evangeliums verpflichtet wusste. So meinte er, dass zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation eine Trennung von Staat und Kirche unabdingbar sei. Denn «wer ja nur ein wenig Verstand besitzt, wird einsehen, dass dieses zwei Extreme sind, die nie mit einander hätten vereiniget werden sollen und dass durch diese unnatürliche Verbindung die unheilsvollsten Verderben angerichtet und das meiste Menschenblut vergossen wurde»[838].

Das Grundübel oder «Ungeheuer», welches die Not der Arbeiter hervorgerufen habe, sei die Nutzung der Dampfkraft, welche viele arbeitswillige Arbeiter arbeitslos gemacht habe[839]. Nicht nur seien viele Arbeitsplätze vernichtet worden. Die Dampfkraft habe es ermöglicht, dass jetzt auch Kinder und Frauen die selbe Arbeit zu verrichten vermögen wie ein Mann und deshalb von den Fabrikanten bevorzugt eingestellt werden, da sie die billigere Arbeitskraft darstellten. Was die Situation aber verschärfe, sei der Mangel an gegenseitigem Verständnis und gegenseitiger Liebe über die Grenzen sozialer Stände hinweg, die er als Bollwerk zur gegenseitigen Trennung bezeichnet. Hier müsse eine gründliche Besinnung einsetzen, «weil besonders Basel sich als eine so christliche Stadt weiss zu geberden und zu schmücken, so ist besonders ihr entgegen zu halten, dass eben Derjenige, von welchem sie ihr Christenthum suchen herzuleiten, nämlich Jesus Christus, mit der Zerstörung dieses Bollwerks aufgetreten ist, und von allen diesen Phrasen, nämlich verschiedener Glaubens-Bekenntnisse und verschiedener Glaubensgrundsätze, sowie der vielerlei Formen und Regeln und verschiedenem Auffassen des todten Buchstabens, womit sich unser Christenthum in den verschiedenen Kirchen und Versammlungen amüsirt und sich gegenseitig mit Bibelstellen sucht zu befeinden und todt zu schmeissen, finden wir bei jenem ersten, göttlichen Herolde und Vorkämpfer der Menschenrechte wenig oder gar nichts, aber dieses Bollwerk durch Wort und That zusammen zu reissen, finden wir ihn Tag und Nacht beschäftiget, und wenn wir den Schriften des neuen Testaments wollen Glauben schenken, so finden wir, dass auch seine Apostel es verstunden, diesen bösen Unterschied zu beseitigen.»[840]

Zwar sei nicht zu leugnen, dass unter der Arbeiterschaft viel Mangel an christlichem Glauben und statt dessen viel Unmoral vorhanden sei. Aber daran seien ebensosehr die Ausbeuter schuld wie die Arbeiter selber. Denn von der herrschenden Klasse her sei kaum etwas für die Bildung der Kinder geschehen, denn «herrliche christliche Einrichtungen, durch Gesetze und Verfassungen bekräftiget, wussten es zu allen Zeiten dahin zu bringen, dass es dem Ärmeren nie möglich wurde, eine Schule zur Ausbildung in Wissenschaft und Gelehrsamkeit zu besuchen, ja, nicht einmal die Vorzüge einer höhern Bürgerschule konnte er genissen, und weil so herrliche Gesetze existirten und noch existiren, dass man schon Schulkinder auf die Fabriken schicken konnte, und der arme bedrückte Familienvater, seines elenden Verdienstes halber, oft nicht erwarten mochte, bis er von diesem verdammungswürdigen Gesetze konnte Gebrauch machen, so wurde den Kindern unbemittelter Eltern, das heisst der arbeitenden Klasse, nicht einmal der regelmässige und ausreichende Besuch der gewöhnlichen Privatschulen zu Theil,

und gehört es desshalb zu einem Wunder, wenn wir einem gewöhnlichen Arbeiter begegnen, der im Schreiben und Rechnen nur die geringste Stelle versehen könnte.»[841]

Dies wiederum führe in die Resignation hinein. Ja, einem Teil der Obrigkeit und der mit ihr verbundenen Geistlichkeit sei es zu verdanken, dass gar nicht immer klar sei, ob die Arbeiter überhaupt im vollen Sinne Menschen seien. «Darum, wenn dieser Druck, der von diesen zwei Extremen auf uns ausgeübt wird, soll geschwächt werden, so müssen dieselben vor allen Dingen von einander getrennt werden.»[842].

Es habe zu nicht geringer Verbitterung unter den Arbeitern geführt, dass man eine Missionsgesellschaft gegründet habe, deren Missionare in alle Welt hinaus zögen, um «heidnische Völker zu bekehren, das heisst aus ihrer geistigen und leiblichen Versunkenheit heraus zu reissen»[843]. Das sei ja an sich zwar eine löbliche Sache. Dann müsste man sich aber auch die Mühe nehmen, sich der untersten Klassen des eigenen Volkes anzunehmen, deren Lage zu studieren, und für Änderung der Missstände einzutreten. Man sage zwar immer wieder, diese hätten die Möglichkeit die Kirchen zu besuchen. Ganz falsch sei das nicht, denn «es ist wahr, zum Hören von Predigten und Versammlungen hat man Gelegenheit genug, aber zu sehen bekommt man leider nichts von dem, wo in Gottes Worte geschrieben steht und so erwartete die untere Klasse immer von einer Zeit zur andern, weil die Liebe zur Mission bei den Missionaren so gross war, dass sie, um ihren Zweck zu erreichen, Land und Meer umziehen konnten, diese Liebe werde auch einmal so weit gehen, dass sie auch hier auf unserm Festlande eine gründliche, und tiefgehende Untersuchung werden anstellen, um womöglich den Krebsschaden, womit unser Volk angefressen ist, mit grosser Liebe und Ausdauer aufzusuchen und mit Sanftmuth, Freundlichkeit und Hülfe suchen in die untersten Klassen und Schichten unserer Bevölkerung einzudringen ... wenn diese Liebe, womit alle Missionen vorgeben in die Heidenwelt zu ziehen, nämlich die Liebe Christi, wirklich ihre Herzen durchdrungen hätte, diese gründliche liebevolle Untersuchung schon längst stattgefunden hätte und würde noch zur rechten Zeit grossem Verderben gesteuert worden sein, und würde heute bei uns die Religion noch auf einer andern Stufe stehen, als es leider jetzt der Fall ist.»[844] Es gebe allerdings in Basel immer noch eine ganze Reihe von verantwortungsbewussten redlichen Seelsorgern, viele rechtlich denkende Männer in oberen Klassen, viele Gelehrte und Zeitungsredaktoren, welche hier gute Arbeit leisteten, auch manche Fabrikanten und Arbeitgeber, welche sich um die Arbeiter kümmerten. Diese Leute gelte es zu unterstützen.

Wenn einerseits von vielen guten Ansätzen von seiten der tonangebenden und besitzenden Schicht zu einer gerechteren sozialen Gesellschaft berichtet werden kann, andererseits die Erbitterung eines Betroffenen daneben steht, dass man zwar Almosen verteile, die Strukturen aber nicht verändere, wird klar, dass sich da ein Graben auftut, der immer breiter wird. Dieser sich verbreiternde Graben, über den hinweg man sich oft nur noch schwer oder gar nicht mehr verständigen kann, war auch mitbeteiligt an den wachsenden politischen Spannungen, welche schliesslich in revolutionäre Wirren und die Trennung des Kantons in zwei Halbkantone führten. Offensichtlich war es auch den auf-

geschlossenen Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft nicht gelungen, ihre Standesgenossen zu ähnlicher Verantwortlichkeit zu bringen. Es wird aber auch deutlich, dass bei der immer mehr wachsenden sozialen Spannung von seiten der in weitgehend ungesicherter Stellung sich befindlichen Arbeiter blosse Werke der Barmherzigkeit und gutgemeinte Wohltätigkeit ungeeignete Werkzeuge sind. Nicht Barmherzigkeit, sondern Gerechtigkeit sollte gelten. Die alte, auf eine Trennung sozialer Klassen angelegte Ordnung, sollte zerbrochen werden. Für Leute, welche nicht die gleichen Ausgangschancen besassen, sollten Hilfestellungen geschaffen und für den Fall unerwarteter Not ein sicheres soziales Auffangnetz geschaffen werden. Mit zunehmendem Masse waren es dann mehr politisch als religiös motivierte Leute, welche sich auf diesem Felde bewegten. Dazu trug auch die Tatsache bei, dass die engagierten Christen sehr häufig, selbst wenn sie in sozialen Fragen recht fortschrittlich denken konnten, politisch extrem konservativ waren. Alle Obrigkeit war für sie von Gott, daher durfte man sich nicht dagegen auflehnen. Die Revolution verstand man als Ausgeburt des Teufels, wofür man als Illustration die Auswüchse während der Französischen Revolution heranzog. Andererseits verstanden sich auch die kritischen und revolutionären Stimmen, wie der zitierte F. Stolz, als Christen und bezogen sich auf die Botschaft Jesu. Ganz deutlich wird diese Haltung auch bei Frühsozialisten wie Wilhelm Weitling mit seinem «Evangelium des armen Sünders». Da wird immer wieder Jesus und seine Botschaft zitiert, aber andererseits darauf hingewiesen, dass jene, welche sich als offizielle Vertreter dieser Botschaft verstünden, nicht danach lebten.

Die Missionare der Stadtmission, die durch ihre Tätigkeit hautnah mit den Arbeitern und ihren Familien zusammenkamen und ihre Notlagen auf ihren täglichen Besuchen an der Quelle studieren konnten, griffen kritische Stimmen in ihren Berichten an das Komitee der Stadtmission auf. Besonders Stadtmissionar Ludwig scheute sich nicht, sich sogar mit den Komiteemitgliedern deswegen anzulegen, so dass er schliesslich seine Arbeit niederlegen musste[845]. Er machte deutlich, dass es nicht immer die Interesselosigkeit oder der Unglaube der Leute sei, welche sie vom sonntäglichen Kirchgang abhalte, sondern ihre Situation am Arbeitsplatz. So berichtete er von der Klage eines Arbeiters, der in der Fabrik während sechs Wochentagen so viel arbeiten musste, dass ihm einzig der Sonntag bleibe, um gewisse Besorgungen zu machen. Sein Arbeitgeber sei ein «christlicher Herr», der sich aber seinen Arbeitern gegenüber nicht anders verhalte als «unchristliche». Eine Frau beschwerte sich über die ständige Sonntagsarbeit, zu der sie gezwungen sei. «Seit zwei Jahren habe sie keinen Sonntag zur Kirche oder vor das Tor hinaus gehen können.» Auch diesem Bericht fügte Stadtmissionar Ludwig die Bemerkung bei, dass diese Frau bei einem christlichen Arbeitgeber angestellt sei![846] Aus solchen Erlebnissen heraus begannen immer mehr Arbeiter den Zwiespalt zwischen der christlichen Botschaft und ihrer sozialen Situation zu erkennen und zu kritisieren. Hier entstand zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein wachsendes Konfliktpotential. Man war immer weniger bereit, sich mit frommen Beschwichtigungen zufrieden zu geben, dass man sich eben demütig in die Rolle zu fügen habe, die einem von Gott zuge-

wiesen worden sei. Im Unterschied zu den Arbeitgebern, die sich gerne auf Bibelstellen beriefen, wo von Ordnung und von sozialen Unterschieden die Rede ist, bezogen sich viele Arbeiter auf jene Bibelstellen, welche die Relativierung sozialer Unterschiede und die Gleichheit aller Menschen vor ihrem Schöpfer unterstreichen! Mit der Zeit aber wurden die Versuche der sozial Benachteiligten, sich noch auf die Bibel zu berufen, immer geringer.

Die soziale Tätigkeit eines Spittler versuchte hier mit dem Gedanken der Pilgermission und der Handwerker als Träger des Evangeliums an ihrem Arbeitsplatz einen anderen, hilfreichen Weg zu gehen. Er konnte sich aber auch trotz seiner Motivation vom Reiche Gottes her, auf das hin alle seine Tätigkeit angelegt war, noch nicht von den beengenden konservativen Vorstellungen lösen. Zwar hatte er durchaus originelle Ansätze in seiner hingebungsvollen Tätigkeit im Sinne des Anstaltszeitalters, wodurch er mit der Zeit die Gesellschaft zu durchdringen hoffte. Aber sehr vieles geschah doch wieder aus dem Augenblick heraus und für den Augenblick. Das brachte zwar für viele Betroffene existenzielle Hilfe. Die Gesellschaft als solche aber wurde davon noch nicht verändert. Ein Gedanke aber verdient hier festgehalten zu werden, welcher einen Grund dafür ins Auge fasst. Bei den Pietisten wird immer wieder von der Bibel her die menschliche Natur als im Grunde verderbt aufgezeigt. Dieser biblische Realismus macht deutlich, dass eine Revolution, welche wirklich die Dinge grundsätzlich verändern soll, eine materielle, aber auch eine geistige und eine geistliche sein muss und sowohl die oberen als auch die unteren sozialen Schichten gleichermassen betrifft!

5.4.3 Die Herausforderung für die Kirche

Evangelisation und Mission lassen sich nicht trennen von ökumenischer und sozialer Gesinnung. Oft wird gerade auf dem Missionsfeld erkannt, dass es ein Luxus ist, sich über gewissen dogmatischen Fragen zu entzweien, welcher da überwunden wird, wo es um die letzten Fragen geht[847]. Wer sich um die Vermittlung des ganzen Evangeliums müht, wird früher oder später darauf gestossen, dass das Evangelium ganzheitlich zu verstehen und zu verkündigen ist, mit seinen ganzen, auch sozialen und politischen Implikationen. Gerade an der Person von Christian Friedrich Spittler lässt sich dies sehr gut verfolgen. Da sieht er sich zunächst de Wette, der ihm als schlimmer Ketzer geschildert worden war, gegenüber in einem feindlichen Lager, beginnt eine literarische Polemik gegen ihn – und findet in der persönlichen Begegnung und in der Zusammenarbeit einen Bruder im gemeinsamen Glauben an Christus. Er ist der katholischen Kirche gegenüber kritisch eingestellt – und lässt sich vom katholischen Priester Johannes Evangelista Gossner in seinem Amt als Sekretär der Christentumsgesellschaft vertreten und sucht Gossner sogar definitiv für eine Mitarbeit in Basel zu gewinnen. Er begegnet der grossen Not kranker fremder Soldaten in den Lazaretten in Basel, denen er durch Verteilen von Bibeln und Traktaten das Evangelium nahe bringen will – er sieht

aber auch ihre körperliche und materielle Not und bemüht sich tatkräftig um medizinische und soziale Hilfe. Evangeliumsvermittlung lässt sich eben nicht trennen von der tatkräftigen Sorge auch um das leibliche Wohl der Menschen. Es lassen sich nach dem Beispiel Jesu nicht einmal ein für allemal unverrückbar geltende Gesetze der Vor- oder Nachordnung des einen vor dem anderen festlegen!

Mehrfach waren in Basler Pfarrer-Synoden soziale Themen Gegenstand der Beratungen. Dabei ging es aber vorwiegend um Fragen der Moral und Sittlichkeit, wenn etwa an der Synode vom 9. Juni 1803 über die Verrohung der Bevölkerung geklagt wurde und die «Abschaffung aller unnötigen und seit der Revolution zu allgemeinem Verderben sich so sehr vervielfältigten Wein- und Brandtenweinhäuser» gefordert wurde, «welche letztere besonders die Quelle mancherlei Übels seyen und sowohl in physischer als moralischer Hinsicht die Pest des Landes genannt werden könnten»[848].

Auch die schweizerische Prediger-Gesellschaft, der spätere Pfarrverein, befasste sich mehrfach mit der Problematik der Sozialen Frage und mit Sozialpolitik, so 1847 an der Jahresversammlung in Bern mit der «Bedeutung des Kommunismus, aus den Gesichtspunkten des Christentums und der sittlichen Kultur gewürdigt»[849]. J.P. Romang hatte in seinem Referat darauf hingewiesen, dass man bisher die Fragen des Elendes zu sehr von Einzelfragen aus, statt in ihrem grösseren Zusammenhang gesehen habe. Dazu komme, dass die Pfarrer sich wegen ihrer Privilegien nicht so ohne weiteres in die Lage der Arbeiter hineindenken könnten. Gut wäre, wenn sie wieder so etwas wie ein «franziskanisches Ideal» entdeckten. «Wenn der Geistliche bei der vorzüglichsten Bildung der Zeit selbst so arm wäre wie der Proletarier, mit wie andern Augen würde ihn dieser ansehen! Die Armut sollte zu Ehren gebracht werden, sie sollte bei Geistlichen eine Auszeichnung sein. Wir werden dem Kommunismus am sichersten entgegenwirken, wenn wir selbst im umgekehrten Sinn uns zu Kommunisten machen.»[850]

Auch 1853 in Glarus war die soziale Frage präsent durch eine gute, vor allem von den örtlichen Gegebenheiten her beeinflusste Analyse der industriellen und sozialen Situation, in welcher die «Unmenschlichkeit der tatsächlichen Verhältnisse» gegeisselt wurde. Das Thema des Grundsatzreferates hatte gelautet: «Wechselwirkung zwischen der protestantischen Kirche und dem sozial-bürgerlichen Leben, mit besonderer Berücksichtigung der Fabrik-Industrie»[851].

Selbst der Praktiker Spittler machte sich zeitweise grundsätzliche Gedanken im Blick auf die soziale Problematik. Dabei zeigte er sich als durchaus kritischer Mensch, welchem es nicht einfach darum gehen konnte, Almosen zu verteilen, sondern auch die gegebenen sozialen und politischen Strukturen in Frage zu stellen. So schreibt er 1853 in einem Brief an Pfr. Le Grand, er habe mit dem Dekan von Schopfheim eine Untersuchungs-Reise in dessen Dekanat unternommen, um die Möglichkeiten der Unterstützung von Protestanten abzuklären. «Die viele schöne Fabrik Gebäude im Wiesenthal erregten allerley Gedanken in mir, die aber für die reichen Fabrikherrn nicht erbaulich wären»[852].

Es lag in der Art Spittlers, überall, wo er Not sah, gleich zuzupacken. Dabei bemühte er sich immer wieder um Hilfe verschiedener Freunde und Bekannter. Er war sich allerdings auch im klaren darüber, dass solche Hilfe oft missbraucht wurde. Im Zusammenhang mit einem Unterstützungsgesuch zog er nähere Erkundigungen über einen zu Unterstützenden ein und klagte in diesem Zusammenhang bereits 1803: «Sie können nicht glauben, welche Betrügereyen in gegenwärtigen Zeiten gespielt werden, wo man sich so sicher als möglich stellen muss»[853]. Trotz seiner Bemühungen um möglichst sorgfältige Abklärung, ob jemand wirklich Unterstützung nötig habe, war er sich darüber im klaren, dass er wohl manchmal Unwürdige unterstütze. Aber «wenn man so oft um Rath u. Hilfe angegangen wird, so werden leider eben auch oft Missgriffe gemacht»[854]. Er konnte dabei aber auch deutliche Worte gegen Kantonsregierungen formulieren, wenn es darum ging, dass diese sich um die Unterstützungspflicht für ihre Kantonsbürger drückten. So stellte er zum Beispiel 1848 in einem bestimmten Unterstützungsfall fest, es sei «eine Schande für den Canton Argau u. für die Catholische Kirche, dass sie ihre Armen nicht selbst erhalten. Dazu sind dann die von radikalen u. ultramontanen Blättern verschrieenen Basler Pietisten gut genug»[855]! Allerdings wolle er durch solche kritischen Bemerkungen niemanden vom Geben abhalten! Spittler war durchaus bereit, auch in zweifelhaften Fällen zu helfen oder Menschen zu unterstützen, welche sonst von den zuständigen Verantwortlichen im Stiche gelassen würden. Allerdings war er nicht bereit, so ohne weiteres die Pflichten anderer zu erfüllen. So meinte er auch im Unterstützungsfall eines Calwer Bürgers, man solle ihn doch in seine Heimatstadt schicken. «Die hat ja die bürgerliche und christl. Verpflichtung sich seiner anzunehmen, und an Christen fehlt es dort auch nicht, die Samariterdienste an ihm üben können»[856].

Für die Leute im Umfeld der Christentumsgesellschaft war es immer klar, dass soziale Hilfe ohne entsprechende geistliche Motivierung und Begleitung keine eigentliche und dauerhafte Hilfe darstelle. In einem Brief an den Zürcher Theologieprofessor und Antistes Gessner, in dem er diesen bat, die Redaktion der erbaulichen Zeitschrift «Sonntagblatt» zu übernehmen, stellte Spittler fest, dass in einem solchen Blatt die Gründe dargelegt werden sollten, welche zum geistigen Niedergang des Schweizervolkes führten. «Denn wahrlich, kommen die Menschen nicht zu Gott und zu der Bibel zurück, so helfen alle menschlichen Unterstützungen nichts!»[857] Zudem sollte ein allfälliger Gewinn des Sonntagsblattes nicht in den Buchhandel, sondern in soziale Projekte einfliessen, zum Beispiel «einige fromme Jünglinge zu Schullehrern auszubilden, um sie dem so verlassenen Glarnerlande zuzusenden. Denn nicht der Buchhandel, sondern das Reich Gottes soll den Nutzen haben, wenn je im Merkantilistischen etwas zu gewinnen ist bei christlichen Schriften. Meine Hoffnung ist immer die, dass im folgenden Jahre ein Schullehrerinstitut errichtet werden könne, besonders seit der wackere Schuldirektor Zeller in Zofingen bei seinem kürzlichen Besuch sich mit mir darüber unterhalten hat.»[858]

Wenn auch oft die Analysen von christlicher Seite her zu kurz griffen, wenn oft vorschnell wegen noch nicht vorhandener Einsicht in das Problem der strukturellen Armut, der nicht mit blossen Almosen beizukommen ist, Armut mangelndem Fleiss und letztlich

dem Verlust des christlichen Glaubens zugeschrieben wurde, ist doch sicher die Einsicht richtig, dass materielle Hilfestellung allein die tiefsten menschlichen Probleme nicht zu lösen vermag.

Dieser Rückblick auf den Kampf um mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit in der Arbeitswelt, ist angesichts heutiger mehr oder weniger offensichtlicher Versuche, soziale Errungenschaften wieder abzubauen, von besonderer Aktualität. So wird etwa unter dem Stichwort «Deregulierung» mehr und mehr versucht, den Fortschritt im humanitären und sozialpolitischen Bereich wieder zurückzudrehen. Viele Basler Fabrikanten von damals haben aus ihrem Verantwortungsbewusstsein heraus, das durch ihr Vertrautsein mit der biblischen Botschaft bestimmt war, Wege beschritten, deren Ziel nicht nur eine immer grössere Rendite, sondern vor allem das Wohl des Menschen war. Es war ihnen klar, dass sie nicht nur vor einem Verwaltungsrat, sondern vor Gott, dem sie alles verdankten, für ihr Tun Rechenschaft abzulegen haben würden.